

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)



ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Mittwoch, 7. November 1934

Nr. 261

Zwei Ministerreden

Malypetr und Benes über die Politik der Tschechoslowakei

Gestern haben in den beiden Häusern des Parlamentes sowohl der Ministerpräsident als auch der Minister des Äußeren das Wort ergriffen, wobei der Ministerpräsident sich mit den wirtschafts- und innenpolitischen Problemen befähigte, während die Ausführungen des Ministers Benes naturgemäß der auswärtigen Politik galten.

Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise

Die Rede des Ministerpräsidenten war von einem, wenn auch nüchternen Optimismus getragen. Was die Wirtschaft der Tschechoslowakei betrifft, glaubt der Ministerpräsident eine „andauernde Wendung zum Besseren“ beobachten zu können. Er stützt diese Auffassung darauf, daß während in der Zeit von 1929 bis 1933 die Verluste der Tschechoslowakei im Außenhandel verhältnismäßig größer waren als der Rückgang des europäischen Handels, das Jahr 1934 eine Wendung gebracht hat. In den ersten sieben Monaten des heurigen Jahres ist nämlich, so führte Malypetr aus, die Ausfuhr Europas gegen dieselbe Zeit des Vorjahres um fünf Prozent zurückgegangen, wohingegen die Ausfuhr der Tschechoslowakei (in Golddollars) einen Anstieg von fast fünf Prozent aufweisen konnte. In den ersten Monaten 1934 ist die Ausfuhr um fast eine Milliarde Kč höher als im Jahre vorher. Ebenso kann man in der Produktion selbst einen gewissen Aufschwung beobachten. Von Jänner bis September betrug die Holzproduktion bei Koblenitz 21 Prozent, bei Kohlsatz 28, bei Holz 8, bei Steinkohle 1, bei Braunkohle 1,33 Prozent.

Freilich hat der Ministerpräsident aus diesen Feststellungen keine übertriebenen Folgerungen gezogen. Er ist sich dessen bewußt, daß diese geringe Besserung ihn als verantwortlichen Staatsmann nicht sorglos machen darf, sondern daß weitere Anstrengungen notwendig sind, um eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse zu erzielen. Er hat zugegeben — und das ist für einen bürgerlichen Politiker immerhin schon etwas — daß der freie Kapitalismus selbst nicht imstande ist, die wirtschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß die Menschen dabei leben können. Er hat hervorgehoben, daß eine Regulierung der Erzeugung und des Abflusses notwendig ist und hat hierbei in erster Linie auf den Bergbau hingewiesen, weil nur so eine stärkere Beschäftigung der Bergarbeiter möglich ist. Er hat von der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung gesprochen, wobei man den Arbeitern und Angestellten angemessene Löhne und Gehälter geben muß und er hat gesagt, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die „erhöhte Aufmerksamkeit“ und „jähres Bestreben aller Verantwortlichen“ erfordere. Für uns besonders bemerkenswert ist das Zugeständnis des Ministerpräsidenten, man müsse dort helfen, wo es den Menschen am schlechtesten geht und wo die Krise am längsten gewährt habe, was auf den engsten Teil des deutschen Siedlungsgebietes der Republik zutrifft. Es wird die Aufgabe der Partei und ihrer Vertreter in der Regierung und in den öffentlichen Körperschaften sein, mit aller Kraft sich um die Bewirkung dessen zu bestreben, was hier der Ministerpräsident versprochen hat, zumal er selbst an jener Stelle seiner Rede, wo er von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit gesprochen hat — auch das wollen wir zustimmend zur Kenntnis nehmen — erklärte, man müsse von den Worten zu Taten übergehen. Ebenso finden sich in der Rede des Ministerpräsidenten Stellen, wo er die Notwendigkeit der Regelung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte, der Arbeitsbeschaffung für die Jugend, der Erhöhung der Produktivität, der Regulierung der Verhältnisse auf dem Kreditmarkte angibt, alles Maßnahmen, die in unserem Kampfsplan enthalten sind und wofür 90.000 Deutsche am 4. November demonstriert haben.

Für die Demokratie

Auch an dem, was der Ministerpräsident über die Zustände in der Innenpolitik gesagt hat, wollen wir nicht achlos vorübergehen. Es ist selbstverständlich, daß der Vorsitzende einer Koalitionsregierung die Notwendigkeit des Ausgleiches der Interessen der verschiedenen Bevölkerungsklassen

betont und es ist richtig, wenn er das heutige Regierungssystem als das zweckmäßigste und zuverlässigste für den Ausbau der Demokratie und als die beste Sicherung der Republik hinstellt. „Wir stehen auf dem Boden der Demokratie“, so sagte Malypetr unmißverständlich, „wir werden sie zu verteidigen wissen gegen jeglichen Versuch um eine andere Staatsform, von welcher Seite immer er kommen mag“. In der Verteidigung der Demokratie wird der Ministerpräsident die deutschen Sozialdemokraten an seiner Seite finden, die am allerwenigsten gemeint sind, wenn der Ministerpräsident von der Loyalität ohne Vorbehalte gesprochen hat. Daß damit nur der getarnte Faschismus gemeint sein kann, liegt auf der Hand.

Nach auch der Ministerpräsident nicht, wie es ein Sozialdemokrat getan hätte, über die sozialpolitischen Probleme der industriellen Arbeiterschaft und jener Schichten, deren Wohl und Wehe von dem der Arbeiter abhängt, gesprochen hat, er hat die Bedeutung der sozialen Notlage der Arbeiterschaft anerkannt und die Notwendigkeit betont, den Menschen Arbeit und Brot zu beschaffen. Darin kommt zum Ausdruck, daß der Ministerpräsident als Chef einer Koalitionsregierung gesprochen hat, in welcher die Sozialdemokraten ihren Einfluß zu wahren wiffen.

Die Außenpolitik

Nach dem Ministerpräsidenten sprach Außenminister Benes, diesmal etwas kürzer als sonst, denn über viele der Probleme, die der Außenminister nur gestreift hat, wird noch verhandelt und wir verzichten es sehr gut, wenn Benes nicht mit der Ausführlichkeit, wie sonst über alle auswärtigen Fragen gesprochen hat. Man denke an die Auswirkungen des Pariser Attentates, an das Verhältnis zu Polen, an das Saarproblem, an Ostpreußen.

Eine Reihe dieser Fragen sind für die Zukunft Europas und für den Frieden der Welt nicht unwichtig. Der Gefahrenherd Europas für die nächsten Monate ist wohl das Saargebiet. Wenn auch Minister Benes sowohl in der österreichischen, als auch in der Saarfrage an eine friedliche Lösung glaubt, muß er doch zugeben, daß der Kampf um die Saar „in naher Zeit Komplikationen ernstester Charakters hervorrufen“ könnte. An anderer Stelle spricht er davon, „daß die internationale Situation ernst ist.“

Beachtung werden auch die Ausführungen Benes' über Polen hervorrufen. Es ist seit der Gründung der Tschechoslowakei wohl nicht vorgekommen, daß der Außenminister unseres Landes gegenüber dem Ausdruck der „gegenseitigen politischen Reflexivität“ gebraucht. Er will zwar über Polen nicht zu Gericht sitzen, „weil es die Politik seiner Interessen, wie es sie versteht, verfolgt“, aber er betont, daß auch die Tschechoslowakei jene Politik machen werde, die ihr das Lebensinteresse und die Würde des Staates befiehlt.

Neben den Schattenseiten der internationalen Situation hat der Minister auch ihre Lichtseite hervorgehoben. Dazu zählt er, was wir besonders erfreulich finden, den Beitritt Sowjetrußlands zum Völkerbund, den er als den Eintritt der Sowjetunion „in die Gesellschaft der übrigen Völker“ charakterisiert und dem er die Bedeutung zuspricht, daß nun Rußland an der europäischen Politik teilnehmen werde. Das ergibt auch eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, die wir auch für die Wirtschaft unseres Landes nutzbar machen müssen. Als ein weiteres gutes Zeichen der internationalen Situation bezeichnet Benes die Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich, von welcher er nicht weniger erhofft, als die Rettung des europäischen Friedens.

Für den Frieden

In ein Verzeichnis zum europäischen Frieden klang auch die Rede des Ministers aus. Trotz aller Gefahren, die Europa bedrohen, will Benes ziel-

bewußt und optimistisch an der Erhaltung des europäischen Friedens arbeiten, gemeinsam mit Frankreich, mit dem die Tschechoslowakei, wie Benes sagt, die Einigkeit verbindet „in den Anschauungen über die Weiterentwicklung Europas, die Gemeinsamkeit der Ideale der Freiheit und Demokratie und die Gemeinsamkeit des Kampfes für die Ziele und Ideale des Friedens und der Humanität“.

Wie schicksalsschwer die nächste Zeit sein wird, geht aus der Anschauung des Ministers Benes hervor, daß das Jahr 1935 für Europa und für uns immer noch ein schweres Jahr sein und daß in diesem Jahre über das Schicksal Europas entschieden werden wird. Wir zweifeln nicht daran, daß ein Mann wie Benes seine ganze Kraft, seinen Einfluß und seine

Intelligenz verwenden wird, um — was in den Kräften des Außenministers eines kleineren Staates steht — zu tun und den europäischen Frieden zu sichern. Sowieder der Ministerpräsident an der deutschen Sozialdemokratie einen Bundesgenossen finden wird, wenn er die Demokratie gegen alle ihre Feinde verteidigen wird, so wird die deutsche Sozialdemokratie, die am 4. November ihre Kraft gezeigt hat, eine sichere und verlässliche Stütze für den Außenminister im Kampf um den europäischen Frieden und damit für die Fortentwicklung der menschlichen Kultur sein.

Malypetr:

Demokratische Zusammenarbeit

Prag. Die beiden Exposés des Ministerpräsidenten und des Außenministers, die am Dienstag vormittag im Abgeordnetenhaus und nachmittags im Senat vorgetragen wurden, fanden in beiden Häusern aufmerktsame Zuhörer und wiederholten reichlichen Beifall, gegen den vereinzelte kommunistische Zwischenrufe völlig bedeutungslos blieben. Eine politische Würdigung der beiden bedeutungsvollen Kundgebungen finden unsere Leser an leitender Stelle.

Im Abgeordnetenhaus wurde sofort die Debatte — auch über das kürzliche Exposé Dr. Trapls — eröffnet, in der bereits Koalitionsredner der ersten Garnitur, darunter der tschechische Genosse Hampl, zu Wort kamen. Die Debatte wird Mittwoch fortgesetzt und soll Donnerstag so beendet werden, daß am selben Tag auch noch der Budgetausschuß die Verhandlung des Budgets aufnehmen kann, zu dessen Verhandlung dem Abgeordnetenhaus insgesamt nur knapp ein Monat zur Verfügung steht.

Der Senat wird die Aussprache über die Exposés am Mittwoch nachmittags aufnehmen. Der politische Teil der Rede Malypetrs, in dem er zunächst die Friedensbereitschaft unseres Staates betonte — nicht ohne die Notwendigkeit ausreichender Maßnahmen zu seiner eventuellen Verteidigung zu unterstreichen, sei zunächst vorweggenommen:

„Außen- wie innenpolitisch bedürfen wir eine friedliche Entwicklung.“

Die Erfahrungen aus anderen Ländern belehren und geradezu anschaulich von der Schädlichkeit der politischen Leidenschaft und von der Notwendigkeit einer bedächtigen und vernünftigen Politik, die vor allem um das Staatsinteresse besorgt und die auch auf die ausgleichende Gerechtigkeit bei den verschiedenartigen Interessen wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Natur bedacht ist. Wir halten dieses Prinzip der Zusammenarbeit für das zweckmäßigste und für das zuverlässigste für den Ausbau der Demokratie und für die beste Sicherung der Republik.

Selbst wenn wir niemals vergessen werden, daß das tschechoslowakische Volk aus eigener Kraft seine Unabhängigkeit erneuert und diese Republik errichtet hat und daß dieses Volk den Staat für die ganze Zukunft erhalten will, so begrüßen wir doch die Zusammenarbeit unserer nationalen Minderheiten, von denen wir nichts anderes verlangen als lokale Anerkennung dieser historischen Tatsachen. Sie müssen aber auch alle Bestrebungen und Versuche aufgeben, um eine Wendung dieser Tatsachen herbeizuführen.

An Henlein u. Comp.

Wir stehen auf dem Boden der Demokratie und wir werden sie zu verteidigen wissen gegen jeglichen Versuch um eine andere Staatsform, von welcher Seite immer er kommen mag. Wir werden dies von allen denselben verlangen, die auf Grund unserer demokratischen Ordnungen die Gleichberechtigung im politischen Leben befehen. Wir werden aber auch keine anderen Versprechungen oder personalen Zusammenarbeit anerkennen als nur diejenigen, die an keine besonderen Vorbehalte und Bedingungen geknüpft sind. (Beifall.)

Parteiregistrierung

Um die ruhige Entwicklung zu sichern, wird die Regierung den gesetzgebenden Körperschaften Gesetzesvorlagen und Maßnahmen vorlegen, durch die der Mißbrauch der demokratischen Rechte zu jeder Art von Verletzung des Staatslebens, zur Bedrohung der verfassungsmäßigen territorialen und legislativen Einheit des Staates, seine republikanische Staatsform sowie zur Zersplitterung der politischen Kräfte verhindert werden soll.

Die Demokratie ruft Gruppierungen je nach den politischen, wirtschaftlichen, nationalkulturellen und sozialen Interessen hervor, welche Entwicklung wir nicht behindern wollen. Wir wollen aber festere politisch-rechtliche Grundlagen durch das Gesetz über Registrierung der politischen Parteien und der Wahlgruppen schaffen, wobei ihre innerparteiliche Entwicklung, ihre demokratische Ordnung und ihre zentrale entscheidende und politische Führung gesichert wird. Insofern dazu Veränderungen der Wahlordnungen und Veränderungen in den Gesetzen notwendig sein werden, werden diese auch bewirkt werden müssen.

Wir hoffen, daß diese Bestrebungen um die Sicherung des Staates und der Demokratie bei dem Großteil der Bevölkerung Verständnis finden und daß sich die Bevölkerung durch keine noch so hoch gespannte Agitation oder durch Demagogie beirren lassen wird.

Man muß weiter sparen

Einleitend betonte der Ministerpräsident, daß das dritte Budget seiner Regierung nach dem Prinzip der größtmöglichen Sparsamkeit aufgestellt wurde. Die Zeit des ständigen Rückganges des Wirtschaftslebens haben wir schon überwunden. Der Rechnungsabluß für 1934 wird bereits eine wesentliche Milderung dieses Niederganges bringen und die weiteren Jahre werden dann schon eine andauernde Wendung zum Besseren aufweisen.

Die Regierung hat immer wieder erklärt, daß sie zu den Ersparungen im Personaletat nur dem absoluten Zwang gehorchend gegriffen hat und daß sie eine Milderung durchzuführen wird, sobald es die tatsächlichen Verhältnisse nur einigermaßen gestatten.

Wege aus der Krisennot

Die Arbeitslosigkeit der Jugend bildet aber in der ganzen Welt nur einen Teil der Arbeitslosigkeit überhaupt. Auch die Wirtschaftskrise ist kein bloß einheimisches, sondern ein Weltproblem, das der Ministerpräsident in seinen weiteren Ausführungen einer ausführlichen Analyse unterzieht. Die Krise hat in den Staat verdrängt. 1933 wurde bei uns der Tiefpunkt erreicht und seit heuer sind die Außenhandelsziffern größer als 1933; namentlich die Ausfuhr von Fertigwaren, in denen so viele Löhne enthalten sind, weist gegen das Vorjahr einen Anstieg um 758 Millionen oder rund 26 Prozent aus. Aus den angeführten zahlenmäßigen

gen Belegen ergibt sich, daß die Kronenbeivaluation für unseren Handel gänzlich gewesen ist. Die bisher eingetretene Besserung in der Produktion (Jänner bis September) drückt sich prozentuell folgendermaßen aus: Kohleisen 21 Prozent, Roheisen 28 Prozent, Stahls 8 Prozent, Eisenblech 1 Prozent, Braunkohle 1,3 Prozent.

Diese Besserung muß ein Anreiz zu weiterer Anspannung aller Kräfte sein. Wir müssen namentlich genügend Flexibilität besitzen, um uns den Veränderungen auf den Auslandsmärkten anzupassen und die Verluste durch den Export von Qualitätswaren allmählich wegzumachen.

Die Regierung wird den Export in den Grenzen der Möglichkeit unterstützen. Diesem Zwecke sollen auch die Bestrebungen um Ausweitung und Festigung des Netzes der Handelsverträge dienen. Wir müssen insbesondere solchen Orten erhöhte Aufmerksamkeit widmen, wo die Exportmöglichkeiten indirekt von unserer eigenen Einfuhr abhängen.

Es wird daher besonders notwendig sein, daß wir rechtzeitig, planmäßig und zweckmäßig über die Aufhebung der Einfuhr jener Güter überlegen, die wir auf alle Fälle einführen müssen.

Arbeitslosenproblem im Mittelpunkt

Die Arbeitslosigkeit, erklärte Ministerpräsident, bildet Hand in Hand mit der Agrarkrise den Mittelpunkt der allgemeinen Krise und erfordert erhöhte Aufmerksamkeit und zähes Bestreben aller Verantwortlichen. Das Bestreben um die Milderung der Arbeitslosigkeit muß daher unser intensives Bemühen bilden. Dabei erfordert unsere besondere Aufmerksamkeit das Problem der jungen Arbeitslosen, denen es bisher nicht möglich war, ins praktische Leben einzutreten.

Die Sorge um den inländischen Markt soll vor allem auf jenen Arbeitsgebieten Hilfe schaffen, wo trotz der teilweise Behebung der Ausfuhr der Absatz am meisten zu leiden hat. Es sind dies besonders die Arbeitskräfte, die auf den Investitionsgebieten tätig sind, die unter der bisherigen Stagnation der Baubewegung leiden. In den Vorbedingungen der erhöhten Arbeitslosigkeit gehört auch die planmäßige Arbeit zum Zwecke der Entspannung des Geld- und Kapitalmarktes.

Mit diesen Problemen habe sich der Finanzminister in seinem letzten Exposé bereits ausführlich befaßt. Ministerpräsident fügt dem nur noch hinzu, daß auch die heimische Lage und die rechtliche und finanzielle Lage der Entwicklung des Geldmarktes und der Wirtschaft günstig beeinflusst. Die Regierung sei daher besonders darauf bedacht, daß auch die Entscheidungen der Behörden immer und überall dem Sinne des gültigen Gesetzes entsprechen.

Wenn es gelingt, mit den angeführten Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zu mildern, so muß auch ihre ungleiche Verteilung auf die einzelnen Gebiete berücksichtigt werden. Man wird besonders dort eingreifen müssen, wo dieselbe verhältnismäßig am größten und zeitlich am längsten ist.

Arbeitszeitverkürzung

Eines von den Mitteln, die die Arbeitslosigkeit vermindern, bildet eine bessere Aufteilung der Arbeit durch Kürzung der Arbeitszeit auf den hierzu geeigneten Unternehmungsgebieten. Die Verhandlungen darüber ergaben bisher noch kein günstiges Resultat.

Ministerpräsident glaubt, daß es möglich und notwendig sein wird, auch hier von Worten zu Taten überzugehen; man dürfe dies aber nicht vom Staat allein fordern. Das große Industrieunternehmen, welches durch die Rationalisierung zum Scheitern die steigende Arbeitslosigkeit verursacht hat, sei auch verpflichtet, um ihre Milderung mitzusorgen und nach geeigneten Mitteln und Wegen zu suchen.

Regulierung der Produktion

Wenn die Privatwirtschaft in keine Produktions- und Absatzanarchie geraten soll, dann müsse sie sich sowohl der Regulierung der Erzeugung, als auch der Regulierung des Absatzes anpassen, und zwar auf dem Wege einer zweckmäßigen und diskretionsmäßigen Selbstverwaltung; der Staat würde diese beaufsichtigen und ihre eventuellen schädlichen Auswüchse beseitigen.

Die Regierung ist bereit, in dieser Hinsicht wirksam zu arbeiten. Sie versucht dies in erster Reihe im Bergbau, wo sie in den Verhandlungen mit den Unternehmern und Angestellten einen solchen Stand der Erzeugung und des Verbrauches verwirklichen will, daß vollständige Beschäftigung in einer angemessenen Anzahl von Bergwerken erreicht werde, so daß durch Herabsetzung der allgemeinen Regie die Kohlenpreise eine wesentliche Herabsetzung erfahren als bisher, wobei es notwendig sein werde, für die Ueberführung der überzähligen Angestellten in andere Berufe zu sorgen.

Auch in der Zuckerindustrie denkt die Regierung an ähnliche Maßnahmen, wobei wahrscheinlich geeignete Änderungen in den Gesetzen durchgeführt werden müssen. Auf dem Gebiete der Entschuldung der Landwirtschaft wird die Staatsverwaltung alles tun, was erforderlich und möglich ist, ohne daß man die Not der Kredit- und Anleihebelastung auch auf den anderen Produktions- und bei anderen Berufen außer acht ließe.

Der Wirtschaftspolitiker unserer Republik befaßt sich daher in der Sorge um Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung, Erhöhung der Rentabilität der Produktionsbetriebe und der Arbeit jeder Art durch Arbeitsbeschaffung sowie Herabsetzung der Arbeitslosigkeit bei angemessenen Löhnen und Gehältern, in der Sorge um Abmilderung auf den Auslandsmärkten und Herabsetzung der Wertschöpfungskosten durch billigen und erreichbaren Kredit und durch allmähliche Herabsetzung der allgemeinen Lasten.

Dr. Beneš:

Die nächsten 18 Monate kritisch

Dr. Beneš stellt fest, daß sich seit seinem letzten Exposé vom 2. Juli in der internationalen Politik Stoff für mehrere inhaltreiche Exposés angesammelt habe, daß er aus begründlichen Gründen des Staatsinteresses jedoch nur das Notwendigste besprechen werde.

I. Der Völkerbund — Sowjetrußland

Der Völkerbund betätigt sich heute mehr in negativer Richtung: Er wird als einziger und letzte Kraft angesehen, welche stets ein gewaltiges Hindernis jedes Krieges, das Weltfrieden und eine fürstliche Wahrung für jene bleibt, die eine Verletzung des Friedens wagen würden. Beneš hält nicht dafür, daß man, wenn immer auf der Welt etwas Böses geschieht, gleich darnach trachte, daß sich die interessierten Staaten nur nicht nach Genf wenden, damit dort nicht irgendein großer internationaler Skandal ausbreche. Es hat Fälle gegeben, wo diese Laxität berechtigt war, aber wenn dies zum allgemeinen Grundsatz würde, so wäre das für den Völkerbund heute eine noch größere Gefahr. Durch seinen Eintritt hat der Sowjetbund anerkannt, daß der Völkerbund ein großer politischer Weltfaktor ist, der bei der Erhaltung des Friedens eine hervorragende Rolle spielt, und daß er auch für Aufhebung einer beträchtlichen Bedeutung haben kann. Die Annäherungspolitik zwischen uns und dem Sowjetbund schreitet normal vorwärts und es wird gewiß in kurzer Zeit zum Abschluß eines Handelsvertrages sowie zur politischen Zusammenarbeit für die Aufrechterhaltung des Friedens kommen.

II. Oesterreich — Das Saargebiet

Die während der letzten Session des Völkerbundes begonnenen Verhandlungen über einen Vertrag, welcher die österreichische Selbständigkeit gewährleisten, haben zu keiner vollen Einigung geführt, weil man sich mit Italien über einige wesentliche Prinzipien dieses Vertrages, namentlich über die Teilnahme des Völkerbundes bei der Durchführung des Vertrages noch nicht einigen konnte.

Die Kleine Entente hat bei dieser Gelegenheit allen interessierten Faktoren ihren Standpunkt zur Saarfrage mitgeteilt: Sie würde auf jedweden direkten oder indirekten Restrukturierungsversuch in der allerentschiedensten Weise antworten.

Bezüglich der Saarfrage hofft Dr. Beneš, daß in der anstehenden Session des Völkerbundes vom 21. November der Versuch, auch in dieser Frage zu einer vernünftigen Einigung zu gelangen, gelingen werde. Es sei dies ein überaus delikates Problem und könnte in naher Zeit Komplikationen ernstlichen Charakters hervorgerufen. Unser Interesse gehe dahin, daß es nach dem Abschlusse einer Regelung komme, die der späteren vollen deutsch-französischen Einigung, als der wahren Beherrschung des europäischen Friedens, nicht im Wege stehen würde.

III. Der Ostpakt

Die politische Regierung hat der französischen eine schriftliche Darstellung ihrer Anschauungen über diese Frage gegeben und insbesondere drei Hauptvorbehalte betont, deren einer auch die Tschechoslowakei betrifft. Dieses Dokument ist jedoch bisher vertraulich, so daß sich der Minister nicht äußern kann. Die tschechoslowakische Regierung hat in dieser Sache der französischen bereits ihre vertrauliche Äußerung überreicht.

Als Hauptfaktoren einer eventuellen neuen europäischen Konstellation deutet Dr. Beneš das deutsch-polnische Abkommen vom Jänner d. J., den Ostpaktentwurf und Russlands Völkerbundbeitritt und schließlich die Möglichkeit einer Einigung zwischen Frankreich, Italien und der Kleinen Entente an.

Inzwischen befestigen die Tschechoslowakei und die Kleine Entente ihre Beziehungen untereinander, bemühen sich um die weitere enge Zusammenarbeit mit der Balkanentente und Bulgarien, wobei sie mit Frankreich Hand in Hand vorgehen, und bereiten eine weitere Annäherung an Rußland vor.

Unsere politischen Beziehungen zu Deutschland sind weiterhin gut, wobei sie durch die normale Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen unterstützt werden.

Die gegenseitige politische Reserviertheit zwischen Polen und der Tschechoslowakei hält an.

Eine Verschärfung der Anschauungen besteht über gewisse wichtige Fragen der allgemeinen europäischen Politik (polnisch-französische Beziehungen, Polens Standpunkt zum Ostpakt, der Wölböds-Bericht in Warschau, das Verhältnis Polens zur Kleinen Entente, die Fortsetzung der politischen Propaganda gegen die Tschechoslowakei etc.). Mit diesen Dingen müsse man als mit wichtigen und dauernden politischen Tatsachen rechnen und in der Zukunft rubia rechnen.

IV. Der Ernst der internationalen Situation

Dr. Beneš charakterisiert die internationale Gesamtsituation als einen Zustand der gegenseitigen Reserviertheit und der Aufstellung neuer Fronten und neuer Kräfte. Vielleicht werden letzten Endes die Veränderungen der bisherigen Situation nicht groß sein. Die Politik der Tschechoslowakei und der Kleinen Entente hat an ihrer bisherigen Linie nichts zu ändern. Hand in Hand mit ihnen schreitet auch die Balkanentente. Das Hauptziel dieser Politik bildet nicht die Isolierung eines Staates, sondern die Einigung und Zusammenarbeit mit allen, vor allem allerdings mit Deutschland.

Trotzdem ist die internationale Situation in ihrer heutigen Aussehen ernst. Jedes bedeutendere Ereignis kann unschwer wie ein Bomben wirken. Eine große Gewähr bietet jedoch die enge französisch-englische Zusammenarbeit, welche, wenn sie zielbewusst zur Durchführung gelangt, den Frieden in Europa retten wird. Beneš selbst hält die kommenden 12 bis 18 Monate der internationalen Politik als für das Schicksal Europas und den Frieden entscheidend.

Die tschechoslowakische Außenpolitik wird ruhig, sachlich und ruhig alles unternehmen, was zur Wahrung des Friedens in ihrer Macht steht. Sie wird aber auch ohne Unterbruch der Parteien und Nationalitäten darauf vorbereitet sein, bis in die letzten Konsequenzen alle Pflichten ihrer nationalen und staatlichen Verteidigung zu erfüllen, falls dies notwendig sein sollte.

V. Das Problem der Minderheitsverträge

Beneš erachtet das Verlangen nach Teilgemeinern des Minderheitenschutzes (dem nach dem Friedensvertrag nur die kleineren Staaten unterworfen sind) als moralisch berechtigt und hat nichts dagegen, wenn andere Staaten eine Abänderung der bisherigen internationalen Bestimmungen anstreben. Die tschechoslowakische Doktrin in dieser Sache ist folgende:

1. Die tschechoslowakische Regierung hält unter allen Umständen ihre internationalen Minderheitsverpflichtungen ein und wird sie einhalten.

2. Wenn allgemein über eine Abänderung der Minoritätsverbindlichkeiten verhandelt werden würde, würde sie den Weg beschreiten, der in den Minderheitsverträgen selbst vorgeschrieben ist. Sie selbst verlangt eine solche Abänderung heute nicht und hat nicht die Absicht, in dieser Angelegenheit initiativ etwas zu unternehmen.

3. Sie räumt in diesen Angelegenheiten den Kollektivverträgen den Vorrang vor bilateralen Verträgen ein. Die Existenz unseres bisherigen Minderheitsvertrages bietet unter den heutigen Verhältnissen der Tschechoslowakei ein unparteiisches internationales Forum, welches also für uns das vorteilhafteste politische Instrument ist. Wir haben auch keine Absicht, irgendein internationales unparteiisches Forum zu fänden.

VI. Die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Frankreich

Der tragische Tod König Alexanders und Carthours ist ein Ereignis von weitreichender internationaler Bedeutung. Dr. Beneš würdigt ausführlich die Verdienste des Königs um die Kleine Entente und die Balkanentente und seine tiefe Freundschaft zur Tschechoslowakei, Jugoslawien und die Tschechoslowakei sind durch das gleiche Geschick verbunden und werden auch in Zukunft verbunden bleiben. Was immer auch geschehen möge, nichts kann unsere Staaten von der bisherigen Linie unserer gemeinsamen Politik abbringen.

Der Ständige Rat der Kleinen Entente verlangt, daß die Umstände der letzten tragischen Ereignisse und die Verantwortlichkeit hierfür objektiv beleuchtet und in voller Übereinstimmung mit Frankreich daraus die gerech-

Demokratischer Wahlsieg in Amerika

New York. In den Vereinigten Staaten fand am Dienstag die Wahl des Repräsentantenhauses und eines Drittels der Senatmitglieder sowie die Wahl der Gouverneure und Parlamente zahlreicher Staaten statt.

Aus verschiedenen Teilen des Landes sind bereits die Ergebnisse bekannt. Sie deuten durchwegs auf einen großen Sieg der demokratischen Partei hin. Die Wahlbeteiligung war ziemlich stark.

Blutiger Wahlauftakt

New York. Am Vorabend der amerikanischen Wahlen kam es in dem kleinen Ort Skelton unweit von Hazelton in Pennsylvania zu einem blutigen Zwischenfall. Ein Wahlzug der demokratischen Partei wurde plötzlich aus einem zweistöckigen Wohnhaus heraus mit einem Maschinengewehr beschossen. 14 Personen wurden von den Kugeln getroffen. Drei von ihnen waren auf der Stelle tot.

Außerdem wurden Dienstag in Holland (Missouri) ein Weiber und ein Regier erschossen. Zahlreiche Regier verprügelt und an der Ausübung ihrer Wahlpflicht verhindert. In Pittsburgh wurden zwei Männer durch Schüsse verletzt.

ten und notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Dem internationalen Terrorismus müsse ein für allemal ein Ende gemacht werden. In dieser Beziehung, erklärte Dr. Beneš, behalten wir uns vor, im gegebenen Zeitpunkt die notwendigen und zweckmäßigen Maßnahmen zu treffen.

Schlußwort

Wenn auch die internationale Situation ernst ist, so ist sie doch nicht derart, daß sie die internationalen Faktoren nicht in der Hand hätte und schwerer Krisen nicht hinausgehalten werden könnten. Die erste Bedingung hierfür ist nicht nur eine gute Außenpolitik, sondern auch Ruhe, Ordnung, Sicherheit und das Bewußtsein der Stärke im Innern.

Die übrige Welt schäme in der Tschechoslowakei einen der Lichtpunkte der europäischen Situation, die 16 Jahre unserer ruhigen Entwicklung, die dauernde Zusammenarbeit der politischen Parteien und Nationen, die Kontinuität in der inneren und äußeren Politik; ebenso werde sie unser Streben nach Ausbau und Bereicherung einer starken, für alle Fälle gerüsteten Armee und unser reichhaltiges Bemühen um wirtschaftliche und finanzielle Ordnung. In dieser heutigen Situation sind wir werden alle zersetzenden Kräfte Europas ausschalten, um uns etwas anheben zu können!

Die Debatte

Die Reihe der Redner der Koalitionsparteien eröffnete Genosse Hampf, der Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokraten, mit außenpolitischen Betrachtungen über das Rüstungsproblem und die Gefährlichkeit des revisionistischen Kartells.

Nach einer Würdigung des Völkerbundesbeitritts Russlands, das unserem Binnenmarkt Befreiungen um vielleicht 600 Millionen bringen dürfte, konstatierte Hampf, daß die Antipositivität gegen den demokratischen Sozialismus eine dumme Heiße ist. Die Niederwerfung der österreichischen Sozialdemokratie bedeutete eine starke Schwächung jener Elemente, die aufrichtig den europäischen Frieden wollen. (Zustimmung.) Dadurch geriet Österreich in Wirren und unter die direkte Patronage kaiserlicher Staaten.

Zur Innenpolitik erinnert Hampf u. a. daran, daß der vierte Reichswinter vor der Tür steht und daß man daher nicht an das Gefühl, sondern an den Verstand des Parlamentes appellieren müsse, zur Behebung der Produktion das Möglichste zu tun. Der Staatsrat müsse man das Recht zu Eingreifen in das Wirtschaftsleben zuerkennen.

Die nationale Expansion Deutschlands habe bei Badenbach nicht anfang, sondern habe Wiederhol bei unseren Deutschen gefunden. Die starken Hitlergruppen bei uns sind nicht verschunden, sie marschieren heute unter der Fahne Henleins. Auf tschechischer Seite muß man die deutschen Sozialdemokraten etwas besser einschätzen. Diese sprechen aus, was sie glauben, und treiben keine doppeldeutige Politik. Seine Partei ist sich der Verantwortung in der Koalition und auch ihrer Aufgabe, die sozialistischen Arbeiter- und Angestelltenkreise zu schützen, wohl bewußt und wird keiner Demagogie unterliegen. Zu dem gelegentlichen Kokettieren mit dem Faschismus ist zu sagen, daß das tschechische Volk sich ohne schwere Erschütterungen nicht undemokratisch bederrschen läßt.

Von tschechischer Koalitionseite beschäftigte sich Eviditz (Merikal) im Anschluß an Marcella mit der Kriegsgefahr und stellt fest, daß Verlesche mit 1914 nicht stimmen, da das Attentat diesmal die friedliebenden Staaten nur noch fester aneinandergefügt habe. Der Brennpunkt der Kriegsgefahr in Europa ist heute Deutschland, das schon im nächsten Frühjahr genug gerüstet sein wird, um eines Angriffskrieges fähig zu sein. Es möge aber dessen eingedenk sein, daß es nicht wie 1914 auf dem Gipfel seiner materiellen Entwicklung stehe und auch kein Oesterreich-Ungarn mit 60 Millionen Einwohnern hinter sich habe. Trepansky (Hö. Agr.) befaßte sich mit wirtschaftlichen und finanzpolitischen Problemen und den Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft.

Von deutscher Seite sprechen Nabr-Harting, der in wirtschaftlichen Fragen immerhin „den guten Willen der Regierung anerkennt“, aber bemängelt, daß „das Planmäßige“ fehle; zu allem müsse auch noch die nationale Gerechtigkeit treten. Sie hätten schon durch die Tat bewiesen, daß sie für den Staat sind. Darum sind sie (die Spiegelfechter der Auftragsarbeiten) gegen den „undemokrati-

(den Abbau der Rechte“ des Parlamentes“. Was sollte an die Wahlurne appellieren. (Und in Oesterreich?)

Wändrich (BdL.) fragt über die Not der Landwirte und kommt alsbald auf sein Stedenpferd, die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechtes in den Gemeinden und die Einführung von Umlagen auf die Einkommensteuer zu sprechen.

Zu vermerken wäre auch noch eine gemäßigtere Rede des ungarischen Merikalen Dr. Szülls, der erklärte, seine Leute seien gute tschechoslowakische Staatsbürger, wenn sie auch Magyaren blieben.

Fortsetzung der Debatte Mittwoch 10 Uhr früh.

Noch immer Stříbrný

Abfuhr durch den Justizminister

Die Debatte im Parlament eröffnete Stříbrný mit Apokalyptiken über die große Arbeitslosigkeit, ging dann aber gleich zu einem Loblied auf seine neue nationale Front und schließlich zu seiner eigenen schmutzigen Wäsche über, die Parlament und Öffentlichkeit wahrhaftig schon viel zu lange beschützt hat. Er findet in der offiziellen Nachrede über die Einstellung des Strafverfahrens gegen alle möglichen Ungerechtigkeiten. Als er mit der Veröffentlichung eines Stillschließens droht, in dem dieser mittelste, wie viele Millionen er den einzelnen Parteien gegeben habe, ruft ihm Genosse Hampf zu: Glauben Sie nicht, daß sie als Abgeordneter sofort sprechen sollten, wenn Sie etwas wissen?

Tschechische Sozialdemokraten verlangen von Stříbrný immer wieder stürmisch Weisheit, worauf er erklärt, er werde den Brief mitbringen und vorlesen.

Justizminister Genosse Dr. Dérer, der auf Stříbrnýs Anschuldigungen hinsichtlich der Einstellung des Verfahrens bereits mit Zwischenrufen reagiert hatte, meldete sich später zu Wort und wies Stříbrnýs Behauptung, daß man bei der Einstellung des Verfahrens und bei der Verichterstattung an das Abgeordnetenhaus nicht fortgesetzt vorgegangen sei, scharfstens zurück. Der Staatsanwalt müsse Anträge auf Einstellung des Verfahrens dem Gericht gegenüber nicht begründen, wohl aber werde er seiner vorgesetzten Behörde einen Bericht über seine Beweggründe geben. In der Sache selbst siehe fest, daß bei den Geschäften Franz Stříbrnýs Gewinns verhandelt waren; Abg. Stříbrný bestritt nur die Höhe. An der rechtlichen Beurteilung der Sache ändert sich aber nichts, es um der Gestalt 22 Millionen oder weniger betrug. Sonst hat Stříbrný das Reumütige des Staatsanwaltes, das auch in dem Bericht der Regierung an das Haus enthalten war, nicht bestritten. Ein Strafverfahren hätte deshalb zu keinem positiven Ergebnis geführt, weil der Nachweis hätte geführt werden müssen, daß Stříbrný als Minister seine Amtsgewalt offenbart und dazu mißbraucht habe, um dem Staate Schaden zuzufügen.

Der 4. November



Das Echo im deutschen Lager:

„Prager Tagblatt“:
Sozialdemokraten verfügen über Massenanhänger

„Nicht zu leugnen, daß Konrad Henlein in Leipa eine sehr ansehnliche Schar um sich vereinigte; ebenso wenig kann aber, nach den Ziffern, die über die gestrigen Kundgebungen in Nordböhmen, Mähren und Schlesien berichtet werden, zweifelhaft sein, daß die deutschen Sozialdemokraten auch heute noch über einen Massenanhänger verfügen, trotz fünf Jahren ermüdender Teilnahme an der Regierung und trotz dem Schicksal, das ihre Bruderparteien in Deutschland und Österreich getroffen hat. Den deutschen Sozialdemokraten kam es diesmal darauf an zu zeigen, daß das Sudetendeutschtum in ihnen einen Grundstock demokratischer Elemente besitzt. Daran war auch schon vorher nicht zu zweifeln, und die Versammlungen des gestrigen Sonntags haben die Vermutung bestätigt, daß die bisher härteste deutsche Linkspartei auch in Zukunft ein gewichtiger Bestandteil des gesamten tschechoslowakischen Deutschentums bleibt.“

„Reichenberger Zeitung“:
Ruhiger und würdiger Verlauf

Die R.-Z. gibt die Nachrichten des Tsch. R.-B. über unsere Kundgebungen wieder, enthält sich jedoch einer Stellungnahme. Zum Schlusse bemerkt sie, daß die Kundgebungen einen ruhigen und würdigen Verlauf genommen haben.

Verhaltene Wut:

„Deutsche Landpost“:
„Musikkapellen und sonstiger Klömbim.“

Die „Deutsche Landpost“ hat über die Kundgebung Henleins in Böhmisches-Leipa begeisterte Berichte gebracht. Unser Aufmarsch ist ihr sehr unangenehm. Der faschistische Klömbim in Leipa hat ihr gefallen. Ueber unsere Kundgebungen schreibt sie:

„Der gesamte Werbeapparat der Partei wurde aufgeboten und, wie der Erfolg zeigte, er funktionierte noch tadellos. Aber, und das ist das Charakteristische, der Aufzug ging überall nach bekanntem Muster vorstatten, mit einem Bald von Fahnen und Bimpeln, Trommeln, Pfeifern, Marschspielen, leuchtenden Musikkapellen und dem sonstigen Klömbim, einschließlich uniformierter „Wehrmänner“, hier natürlich in sattem Rot.“

„Deutsche Presse“:
Ein trockenes und ein nasses Auge.

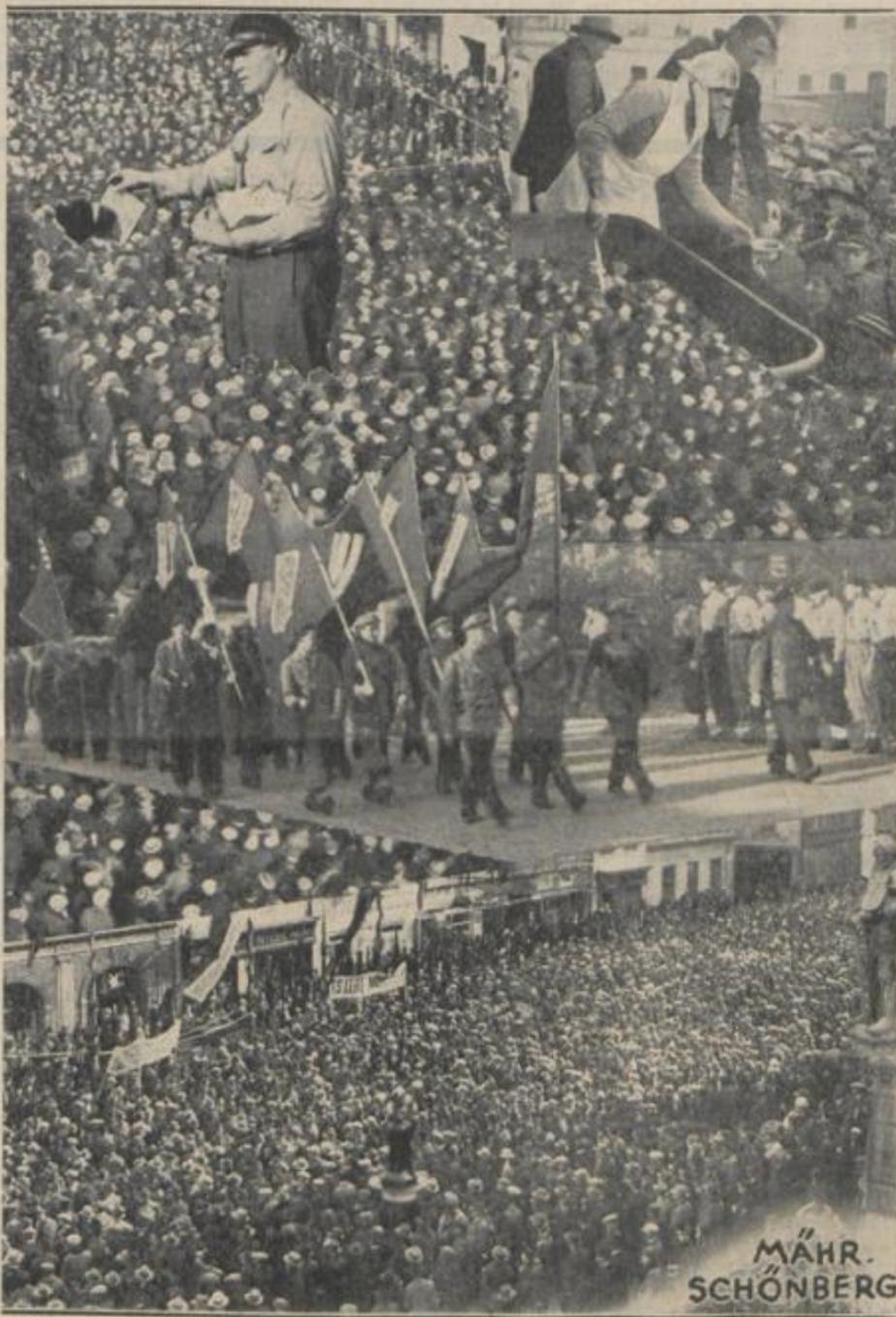
Die deutschen Christlichsozialen freuen sich, daß die deutschen Sozialdemokraten ein mächtiges Übergewicht sind. Im Schatten der deutschen Sozialdemokratie können sie ihren Kampf gegen das Aufgeschossenwerden durch Henlein mit besserer Aussicht auf Erfolg führen. Andererseits sind sie wütend, daß die deutsche Sozialdemokratie n. A. so stark ist. Diese Zwiespältigkeit geht aus der ganzen Fassung des Berichtes in der Deutschen Presse hervor. Die Größe der Kundgebungen versucht sie dadurch zu verkleinern, daß sie behauptet, es hätten viele Tschechen an ihnen teilgenommen.

„Neue Morgenpost“:
„Fraglos politische Bedeutung“

Die „Neue Morgenpost“ hat die Kundgebung in Böhmisches-Leipa nicht nur registriert, sondern sich im dem Bericht auch eindeutig zu Henlein bekannt. Der wichtigste „Gedanke“ in ihrem Bericht über den 4. November ist, daß die Kundgebungen „fraglos politische Bedeutung“ gehabt hätten.

„Sudetendeutsche Tageszeitung“:
„Arbeiterverständnis- und teilnahmslos“

Der dümmste Bericht ist in der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ des Dritten Reichs: „Mit allen Mitteln hatte man sich um die Aufbietung von Teilnehmern bemüht, und zwar nicht nur mit Tausenden und Abertausenden von Flugblättern und Werbeaufzügen, sondern auch durch Uebernahme der Fahrspesen und durch Errichtung von Ausspeisungen, in denen kostenlos Mittagessen verabreicht wurden. Und trotzdem waren, wenn man bedenkt, daß jene Gebiete des Staates, die man für



die Kundgebungen ansetzen hätte, zu den industriereichsten und dichtbesiedelten Gegenden gehören, in denen jeder einzelne Bezirk weit über 100.000 Einwohner zählt, diese Versammlungen mit ihren durchschnittlich 5000 bis 10.000 mehr oder weniger gezwungen mitmarschierenden Teilnehmern alles andere als etwa ein überzeugender Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft heute noch hinter der Sozialdemokratie, bzw. hinter den marxistischen Parteien steht. Weher diese Forderungen nach die Reden vernommen, bei den Versammelten begeisterte Zustimmung oder überzeugenden Beifall auszulösen. Der deutsche Arbeiter hand allem diesem Aufwand an vielversprechenden Worten und schönen Reden verständnis- und teilnahmslos gegenüber; er hat es auf Grund der Erfahrungen, die er machen mußte, verlernt, den Forderungen der roten Führer Glauben zu schenken. Denn die Sozialdemokraten hätten längst Gelegenheit gehabt, ihre Versprechungen in Taten umzusetzen, statt dessen aber hat sich das Los des deutschen Arbeiters auch in der Zeit, seit welcher die deutschen Sozialdemokraten der Regierung angehören und Anteil nehmen an der Macht, von Jahr zu Jahr verschlechtert. Nur allzu erklärlich ist es daher, daß derartige Kundgebungen in der breiten Masse der deutschen Arbeiterschaft keinen Widerhall mehr finden können.“

„Brüxer Zeitung“:
„Nur an drei Stellen Applaus“

Die „Brüxer Zeitung“ behauptet, die polizeiliche Zählung der Karlsbader Kundgebung habe 20.200 Teilnehmer ergeben. Das steht zwar in Widerspruch zu den Angaben, die der Karlsbader Polizeidirektor dem Journalisten gemacht hat, dafür hat die „B.-Z.“ aber in Komotau nur 5000 Teilnehmer gezählt. In Karlsbad hat ihr Berichtstatter „nur an drei Stellen Applaus“ und kommunistische Zwischenrufe gehört.

Im tschechischen Lager ernste Würdigung

Eine Reihe tschechischer Blätter befassen sich auch am Dienstag noch mit den Kundgebungen unserer Partei. Insbesondere die Linkspresse erkennt ohne Ausnahme an, daß die Manifestation vom 4. November für die tschechische Politik außerordentlich bedeutungsvoll gewesen ist.

So schreibt das „Právo Lidu“: Die deutsche Sozialdemokratie hat sich schon 1928 auf dem Smichover Kongress für eine einheitliche Politik mit der tschechischen Sozialdemokratie ausgesprochen. Schon 1927 hatte sie Masaryk zum Präsidenten gewählt. Sie hat dem Staate seit 1929 alles gegeben, was er braucht, auch der Armer. Sie steht hinter Masaryk. Eine Menne Standarten „Es lebe Masaryk“, Begrüßungstelegramme an den Präsidenten, Begeisterung beim Aussprechen seines Namens, Kefempfundene Demokratie — das alles sind Umstände, welche verschiedene Seiten politischer Bedeutung haben. Die deutsche Sozialdemokratie hat gezeigt, daß die deutsche Heimatfront getarntes Halenkreuztum ist, daß Henlein das Erbe Jungas und Krebs angetreten hat. Herr Henlein hat in Böhmisches-Leipa erklärt, daß er das Halenkreuztum nicht beurteilen kann, weil er nicht in Deutschland war.

Die deutsche Sozialdemokratie hat geurteilt und verurteilt.

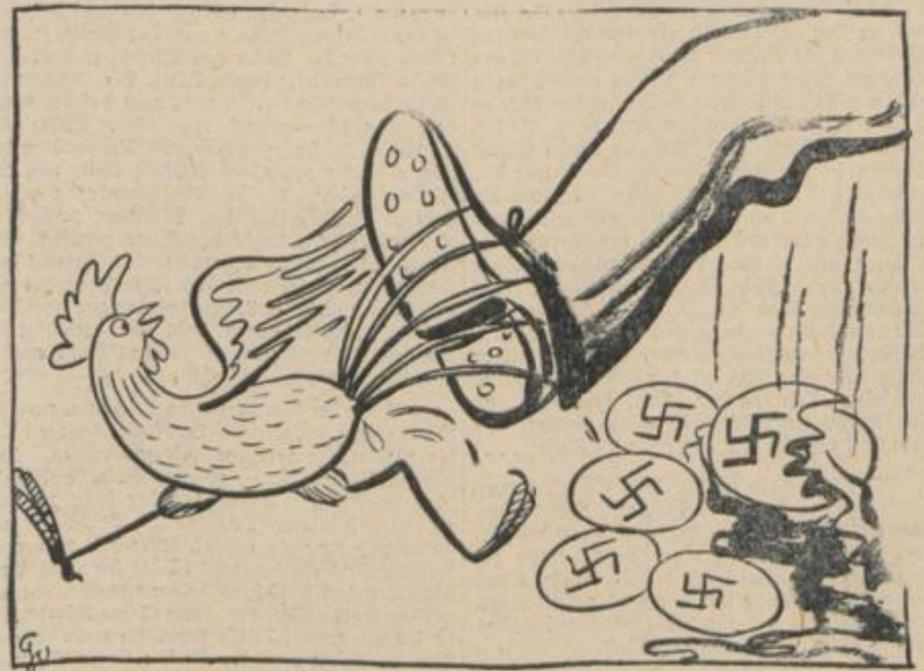
Im Namen Masaryks, der Demokratie und der Republik. Dabei blieben die Kommunisten überall machtlos und waren nicht imstande, die Manifestation zu führen. Genügt das noch nicht?

Das „České Slovo“ glaubt drei Tatsachen festzustellen. Erstens: Die deutschen sozialistischen Republikaner stehen treu auf dem Boden des Staates. Der beste Beweis, ob die Reden der Führer der Ueberzeugung der Mitglieder entsprechen, ist die Stimmung der Massen mit eigenem Auge zu prüfen. Auf beiden Kundgebungen, an denen wir uns als Zuschauer beteiligt haben, war das Bekenntnis zum Staat durchaus spontan. Die zweite Tatsache ist nach Ansicht des Berichtstatters: Die Sehnsucht nach der Veränderung der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Der Begriff Demokratie ist dabei keine leere Phrase und kein hohles Wort. Die dritte beachtende Tatsache ist in sozialistischer Hinsicht zu suchen. Aus auf deutscher Seite wird Jagd auf den Sozialismus gemacht, der zertrümmert und von der Erdoberfläche beseitigt werden muß. Aber vergebens sind die Bemühungen der bürgerlichen Parteien.

Auf die bloße Aufforderung kommen Hunderttausend,

eine Bewegung zu verteidigen, die ihnen die Garantie einer besseren Zukunft ist.

„Rárodní Svobozen“: Hunderttausend deutscher Staatsbürger sind am Sonntag ge-



kommen, um klar zu sagen, daß sie entschlossen sind, in ihrer bisherigen Arbeit für den Staat fortzufahren. Sie wollen nichts dafür. Sie verkaufen nicht ihre Loyalität. Sie verlangen nur, daß die Hände und Hirne der arbeitslosen Deutschen, Tschechen und Slowaken Arbeit bekommen, welche ihnen Brot und damit auch die Möglichkeit gibt, weiter für die Republik und Demokratie zu arbeiten . . .

Der demokratische Staat ist diesen seinen Wächtern Arbeit und Brot schuldig, denn die Arztee darf nicht hungern, wenn sie heilen soll.

„Lidové Noviny“: Es ist zur Gewohnheit geworden, die deutsche Sozialdemokratie als Partei der Vergangenheit zu betrachten. Mit dieser Meinung in sonderbarem Widerspruch war die Tatsache, daß von vielen Seiten gerade auf die deutsche Sozialdemokratie am schärfsten losgegangen wurde: Wenn jemand erliegt ist, warum gegen ihn Angriffe konzentrieren? Wir haben uns am Sonntag überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht erliegt ist. Sie hat treue und ergebene Anhänger, in deren Reihen viel Jugend ist und durch ihre Mitgliedschaft mehr der Geist der Entschlossenheit . . .

Es ist dies nicht nur eine Partei, es ist dies noch immer eine Bewegung.

London im Zeichen des Labour-Sieges

Der Höchststand von 1919 überschritten

Der triumphale Erfolg der englischen Labour Party bei den Wahlen zu den Gemeinderäten (Borough-Councils) am 1. November hat im ganzen Lande ungeheuren Eindruck gemacht; vor allem in London, von dessen 28 Bezirken die Labour Party jetzt für die nächsten drei Jahre 15 erobert hat. Die „Times“ weisen darauf hin, daß die Sozialisten mit diesem Erfolg nicht nur ihre Wahlniederlage von 1931 überwinden, sondern den Höchststand von 1919 überschritten haben, als sie von den 28 Londoner Borough-Councils 14 in ihre Hände bekamen. Sofort nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse, hat Herbert Morrison, der Führer der Labour-Partei im Londoner Grafschaftsamt eine Kundgebung erlassen, in der er der Londoner Bevölkerung für das erwiesene Vertrauen dankt. Am Abend trat dann das Exekutivkomitee der Londoner Sozialistischen Partei zusammen und erließ eine Kundgebung, in der es heißt: „Wir betrachten den großen Wahlerfolg nicht nur als Zeichen dafür, daß die Bevölkerung eine sozialistische Verwaltung in den Rathhäusern wünscht, sondern auch als begeistertes Vertrauensvotum für die Arbeit der sozialistischen Mehrheit im Londoner Grafschaftsamt.“ Besonders beifolgt über das Wahlergebnis zeigt sich die konservative „Daily Mail“, die den enormen Sieg der Sozialisten für eine „Folge der völligen Gleichgültigkeit auf Seiten der konservativen Wähler“ erklärt. Demgegenüber stellen die „Times“ fest, daß die gute Arbeit der Labour Party auch von den Gegnern anerkannt werden müsse, daß die Wahlbeteiligung höher als vor drei Jahren war und daß gerade in Fulham, wo die Wahlbeteiligung am stärksten gestiegen ist, die Labour Party ihren eindrucksvollsten Erfolg errungen hat. Der liberale „Daily Telegraph“, der sich sehr verärgert aufregt, daß die Labour Party eine Staffellung der Werten nach dem Einkommen plant, weist besonders darauf hin, daß die Labour Party in allen größeren Städten außerhalb Londons Fortschritte gemacht hat und daß in ganz England kein einziger kommunistischer Kandidat gewählt worden ist.

Sturm im spanischen Parlament

Lerroux beschönigt seinen Verrat an der Republik Den Monarchisten ist er zu milde

Madrid. (Habas.) In der ersten Sitzung des spanischen Parlamentes erinnerte Ministerpräsident Lerroux an die jacobin liquidierte revolutionäre Bewegung und sollte dem Vorgehen der bewaffneten Macht bei der Unterdrückung der aufständischen Brandherde Lob. Er erklärte, daß die Anwendung des Gesetzes ohne Grausamkeit erfolgen werde und versicherte, daß die Regierung alle Maßnahmen getroffen habe, um eine Wiederholung ähnlicher Fälle zu verhindern. Der Führer der katholischen Agrarier Gil Robles formulierte sodann eine Vertrauensfrage für die Regierung. Er richtete scharfe Angriffe gegen die Sozialisten, die er als die Urheber der Unruhen ansieht. Er forderte schließlich von der Regierung, daß sie die Wiederholung derartiger Revolten unmöglich mache. Der Führer der Monarchisten Goycochea erklärte hierauf, daß er nicht für die Vertrauensfrage für die Regierung stimmen werde, da seiner Ansicht nach die Regierung bei der Unterdrückung der Revolte nicht die notwendige Festigkeit bekundet habe. Nach seiner Rede kam es zu einigen Zwischenfällen und einige Abgeordnete stießen mit den Häufen aufeinander.

Auslandjournalistin verhaftet

Die nach Spanien entsandte Sonderberichterstatterin des „L'Œuvre“, Frau Simone Tery, ist auf der Pressetribüne der Cortes verhaftet worden. Sie wurde zunächst nach dem Kriegsministerium und alsdann nach der Polizeidirektion gebracht. Als Grund für ihre Verhaftung wird — wie der Madrider Berichterstatter des „Matin“ meldet — die Verbreitung falscher Meldungen angegeben. Heute wird die Journalistin vom Militärgericht verhört werden.

Asturische Todesurteile werden nicht vollstreckt

Die in Madrid erscheinende „Gazeta“ veröffentlicht Dekrete, durch die den 3 Offizieren, die vom Kriegsgericht in Barcelona und den 18 Zivilpersonen, die vom asturischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt wurden, die Vergnadigung erteilt wird. Ihre Strafe wurde in 30jährigen Kerker umgewandelt.

Neue Massenverhaftungen in Oesterreich

In den letzten Tagen wurden in Wien neuerdings zahlreiche Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet, darunter der frühere Gemeinderat und Landtagsabgeordnete Reismann. Auch in der Provinz wurden Verhaftungen vorgenommen. So sind allein in Hallein 49 Sozialdemokraten verhaftet worden. Anderen Sozialdemokraten im Konzentrationslager von Wöllersdorf, die für den 1. November ihre Freilassung erwarteten, wurde der Aufenthalt im Lager bis 31. Dezember verlängert.

Gömbös in Rom

Rom. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös begab sich Dienstag morgens in den königlichen Palast, wo er sich in das Gästebuch eintrug. Um 11 Uhr suchte er Mussolini auf, mit dem er eine lange Unterredung hatte.

Saar-Dreierausschuß tagt

Rom. Dienstag vormittags fand im Palazzo Chigi eine Zusammenkunft des Dreierausschusses über die Saarabstimmung, bestehend aus dem Vorsitzenden Baron Aliosi, dem Argentinier Cantillo und dem Spanier Olloba statt. Der Zweck der Sitzung in Rom ist der, die Ergebnisse der bisherigen Schritte zu prüfen sowie Vorschläge zu machen, die dem Völkerrundrat in seiner nächsten Sitzung unterbreitet werden sollen.

Dreißigstunden-Woche in Amerika gefordert

New York. (Habas.) Die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten am Vorabend der Wahlen wird durch nachfolgende Tatsachen charakterisiert: Während der ersten vier Monate seit dem Bestehen der derzeitigen Regierung beträgt das Defizit 5600 Millionen Dollar. Die Regierung hat sich entschlossen, mindestens noch weitere 8 Milliarden Dollar in den Kampf gegen die Depression zu werfen. Die Schwerindustrie hat weiterhin Stagnation zu verzeichnen. Die landwirtschaftliche Produktion übersteigt wiederum die verhältnismäßig schwache Ernte des Jahres 1934. Die Situation in der Baumwollindustrie bleibt unbefriedigend. Die Arbeiter agitierten neuerlich für eine Senkung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden.

Aus dem „Ordnungs“-Staat

London. (Reuter.) Der Berliner Korrespondent des Reutersbüros meldet, daß der Chef der Württembergischen „Deutschen Christen“, als Bischof Wurm zeitweise in Berlin weilte, eine gewalttätige Befreiung der Kanzlei des Reichspräsidenten in Stuttgart durchgeführt habe. Die Ortsverwaltung der Reichskirche erklärte zu dieser Aktion, daß hiezu kein Befehl des Reichsbischofs Müller vorlag und daß dieser übrigens nicht die Absicht habe, die Reichsgewalt der Kirche, sei es an das Reich, sei es an Württemberg, abzutreten.

Englisch-amerikanische Front gegen Japan

London. Außenminister Sir John Simon verhandelte Dienstag mit dem amerikanischen Delegierten Norman Davis über Marineprobleme. Aus ihren Beratungen geht hervor, daß sowohl Großbritannien als auch die Vereinigten Staaten von Amerika den Wunsch hegen, daß das Verhältnis der Seemächte zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan auch weiterhin 5 : 5 : 3 bleibe.

Vor der Demission der französischen Regierung?

Paris. Die radikalen Minister wohnten heute an der Seite des Ministerpräsidenten Doumergue und der übrigen Kabinettsmitglieder in der Kammer und im Senat den Trauerkundgebungen für König Alexander von Jugoslawien. Außenminister Barthou und den gewählten Präsidenten der Republik Raymond Poincaré bei. Es heißt jedoch, daß ihr Bruch mit der Regierung fertige Tatsache ist und daß er in der am Donnerstag stattfindenden Ministerratssitzung zum Ausbruch kommen wird. Nur aus Drängen des Präsidenten der Republik, daß die gesamte Regierung in würdiger Weise das Andenken der genannten drei Verstorbenen ehre, haben die radikalen Minister ihre Demission bis Donnerstag vertagt. Für den Fall des Austrittes der sechs radikalen Minister aus der Regierung, würde Ministerpräsident Doumergue die Demission des ganzen Kabinetts einbringen.

Die ganze Kammer und alle anwesenden Zuschauer hörten die Trauerkundgebung des Kam-

merpräsidenten Bouisson stehend an, nur die Kommunisten blieben sitzen. Die Sozialisten schlossen sich den übrigen Deputierten an, als der Präsident der Kammer den Verstorbenen seine Ehrenbezeugung leistete.

Die Regierung legte der Kammer am Nachmittag zwei wichtige Gesetzesentwürfe

zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und Gewährleistung der Sicherheit vor. Der erste Entwurf betrifft das Verbot öffentlicher Manifestationen, durch die die Ordnung und Ruhe auf den Straßen gestört werden. Jede Person oder Organisation, die eine öffentliche Straßen-Manifestation veranstalten will, muß sie vorher bei den zuständigen Behörden anmelden, die sich das Recht ihres Verbotes vorbehalten. Das Gesetz über die polizeiliche Aufforderung der Manifestanten zum Auseinandergehen wird neu geregelt und die Strafen für die Übertretung der Nichtbefolgung der Anweisungen der Wache werden verschärft. Der zweite Gesetzesentwurf verbietet die Einfuhr, die Erzeugung, den Handel, den Verkauf und den unbefugten Besitz von Waffen.

Französische Rechte für Doumergue

Paris. Der Nationalrat der republikanischen Vereinigung hat unter dem Vorsitz des Ministers Marin über die politische Lage beraten und beschlossen, daß die parlamentarische Vertretung dieser rechtsstehenden Gruppe geschlossen für die Staatsreformpläne Doumergues stimmt. In einer Entschließung, die auf die drei Millionen Wähler der Partei Bezug nimmt, werden die innen- und außenpolitischen Gefahren angedeutet, die ein Bruch des Burgfriedens und der Sturz des Ministerpräsidenten Doumergue mit sich bringen würde.

Der Mörder der Marie Alima

So gut wie überall weiß man in Polna über den Professor Weisheit, der sich an die Juden verkauft hat. Er soll, heißt es, in Wien mit seiner Vessertiviererei Eindruck machen. Die Hausführung bei den Gruzos und die frechen Verführung der Juden, wie des Sim aus Deutsch-Schützen-dorf, werden ihm angelastet. Aber man wird auch mit ihm fertig werden.

Am 1. Dezember 1899 finden zwei Mädchen im Herfchaftswald, ganz nahe der Stelle, wo vor einem Jahr der Jeger das Skelett entdeckt hat, zwei verstickelte Federn Stoff. Die Gendarmen suchten daraufhin weiter, und, halb unterm Moos vergraben, kommen noch einige solcher Stücke zum Vorschein. In ihnen erkennen die Verwandten der Marie Alima aus Ober-Wjesnisch Reste von den Kleidern wieder, die der Verstorbenen gehört haben. Ist also der von Wilmern gefressene Stadader doch die Leiche der Alima gewesen? Die Areal hatte freilich behauptet, das damals gefundene Hemd sei nicht das ihrer Freundin gewesen, und auch die Eltern konnten zur Identifizierung nichts beitragen. Jetzt aber berichtet die Areal ihre damalige Aussage: das Hemd mochte doch der Marie gehört haben.

Weder an dem verwesten Leichnam, noch an den Kleidern befinden sich Blutspritzeln; dagegen sind die Kleiderteile zerrissen und zerschnitten. Der Wald ist Jagdgebiet — ob etwa Wild, Jagdhunde oder Treiber die Stücke aus der Erde herausgeretzt und beschädigt haben? Die Leiche war mit Moos und Zweigen bedeckt, sollte also verborgen bleiben. Das einzige, was bisher über das Verschwinden des Mädchens bekannt wurde, hat der Müller Burda schon vor einem Jahre beigebracht: er sah sie am 17. Juli vormittags am Oberen Tor in Polna nach der Messe; sie wollte wohl nach Soborna gehen, wo sie einen Liebhaber, den knecht Juml, hatte, oder nach Jhor, wo Wallfahrt und Jahrmacht war.

Nun, da die Identität des Fundes mit Marie Alima nicht mehr bezweifelt werden kann, muß die Untersuchung wieder aufgenommen werden. Die erste wichtige Befundung stammt von seinem anderen als dem Führer Franz Eml. Er hatte bereits im vorigen Sommer einmal behauptet, daß er dem Hilsner mit einem Mädchen auf der Kirchweih in Jhor, wo er für die Regelterin Bhtadel Waren hingefahren hat, begegnet sei. Jetzt, nach anderthalb Jahren, weiß er sogar die Kleider des Paares genau zu beschreiben und entziffert sich, daß hinter Polna und dem Mädel ein hinterer Jude herging. Bei der Bhtadel habe Hilsner seiner Begleiterin ein Lebhuchenberg gekauft. Sonderbarerweise befreit die Regelterin den Hilsner je gesehen zu haben. Ihr widerspricht der Schneider Hajek. Er hat den Burtschen bei ihrer Wude getroffen, erinnert sich aber nicht, ob ein Mädchen dabei war. Bei solcher Verwirrung der Aussagen ist es klar, daß das Rechtskomitee eingreift. Vor Ritel, dem Antisemitenführer von Polna, sagt die Magd Marie Vacel aus und bestätigt es vor Gericht: sie ist mit ihrer Freundin Eml auf der Kirchweih gewesen und hat den Hilsner dort mit der ihr bekannten Alima und dem Glaser Leopold Graf gesehen. Vorher hatte Graf mit der Alima im Gasthaus getanzelt. Die Eml nun bestreitet, jemals mit der Vacel ausgegangen zu sein; und in Jhor sei sie überhaupt nie gewesen. Der Glaser Graf, ein Jude, kann durch vier Zeugen beweisen, daß er den ganzen Nachmittag jenes Sonntags auf dem Arbeiterfest in der Breina verbracht hat; und langen kann er überhaupt nicht. Die Vacel beruft sich auf den Schneider Hajek: sie habe in Jhor schon mit ihm über Hilsner und Graf gesprochen. Hajek erklärt, daß für unwahr. Aber die Vacel weiß noch mehr: einmal hat sie den Hilsner auf dem Ringplatz zu drei Burtschen sagen hören, er habe ein Mädchen in Ober-Wjesnisch . . . In in Jhor gesehen zu haben, erinnern sich mit einem Male auch noch andere.

(Fortsetzung folgt.)

BRUNO ADLER: KAMPF UM POLNA EIN TATSACHENROMAN

Copyright 1934 by Michal Kacha Verlag, Prag XIX

Die andern sind entweder Juden, also von Haus aus unzulänglich; denn wer einem Mörderweib angehört, ist nicht berufen, einen Mörder zu verteidigen. Oder sie tun mit überlegener Betrachtung von der Nähe des andredenden 20. Jahrhunderts das angeblich mittelalterliche Treiben ab; zum Glück löst ihr schmaltziges Pathos seinen Hund hinterm Ofen hervor. Hier aber ist einer an die Arbeit gegangen, hat das peinliche Werk nicht gefcheit, hat nüchtern und sachlich einen Zug um den andern untersucht und verfolgt, und nun liegt die ehedem undurchsichtige Masche klar und ordentlich vor den Augen der Welt. Die andern, soweit sie nicht vorgezogen zu schweigen, haben den beleidigten Stolz ihrer Klasse verteidigt. Er hat die Würde des Menschen und des Geistes vertreten. Weil sein Mandat um so viel größer und reiner ist, muß er es um so härter büßen.

Niedertracht in tausend Formen häußt um ihn herum. Oft ist er nah daran, ihr zu weichen. Der Glaube an sein Volk ist unerschütterter. Dann versteht es immer wieder seine Frau, die Amerikanerin Charlotte Garrigue, ihn seiner nationalen Aufgabe zu erhalten.

Inzählige wenden sich an ihn; Juden und Christen, Deutsche und Tschechen, die durch Verfolgungen oder weil sie sich zu ihm bekannt haben, geschädigt oder gar um ihre Existenz gebracht wurden. Er soll für sie einstehen, soll ihnen zu ihrem Recht, zu Stellungen, zu allem, was ihnen genommen wurde, verhelfen. Unter ihnen sind Schwindler, gewerdmäßige Sannorree, kleine Spekulanten, die die Gelogenheit wahrnehmen,

zu einem unredimfähigen Vorteil zu kommen. Rajars! hilft, wo er kann. Für seine Arbeiten, seine Reisen, seine Behelfe und für Unterstützungen hat er viel Geld verbraucht. Ueber die Ausgaben Buch zu führen, fehlte es an Zeit — sie war wichtigeren Zwecken vorbehalten. Einen kleinen Betrag haben Freunde und Bekannte aufgebracht, eine bescheidene Hilfe kam aus Wien, aus Deutschland; nichts aus Prag. Das Defizit ist empfindlich.

Eines Tages kommt ein tschechischer Schriftsteller zu ihm und erzählt: ein Komitee, dem sowohl Juden wie Christen angehören, haben sich gebildet, um einen größeren Betrag aufzubringen und ihm als Ehrengeldent zu überreichen. Wie er sich dazu stelle? Rajars! erwidert: er fürchte sich nicht vor ehelichem Geld, das an seinen Dienst gebunden sei; er besitze die Fähigkeit, Herr des Geldes zu sein . . . Später berichtet man ihm, die Ehrengabe werde anscheinlich, sehr anscheinlich werden; genug groß, daß er damit den Kampf weiterführen und nachher die wohlverdiente Ruhe genießen könne. Man spricht von hundert- bis zweihunderttausend Gulden. „Gut“, sagt er. „Mit dem Gelde werde ich dies und jenes machen. Ein Drittel möchte ich Rajars! geben, damit er endlich seine Stellung bei der Bank aufgeben kann, einen Teil der „Cas“ bekommen, um seine beträchtlichen Verluste auszugleichen, und einen Teil lasse ich mir und pade die Koffer . . .“

Aber das Geld kommt nicht. Es wird zwar, vorwiegend von Juden, in Prag eine Kollekte veranstaltet, aber nicht für ihn, sondern um das Kapital zur Finanzierung einer Tageszeitung zusammenzubringen; nicht für den „Cas“, der längst von einer Wochenchrift in ein Tagblatt umgewandelt werden soll und dringend Geld benötigt, sondern für ein ganz anderes Blatt.

Rajars! muß sich mit dem Lohn begnügen, den seine Sache in sich trägt.

Ein Nachwort

Kampf gegen die Massennot ist auch Kampf für die Republik

Die Wirkung unserer sonntägigen Kundgebungen auf die bürgerliche politische Öffentlichkeit ist die der Verblüffung. Auf deutscher wie auf tschechischer Seite. Daß bei den deutschen Schwärmern für Henlein, die in allen bürgerlichen Lagern zu finden sind, die Meinung feststand, sie zähle im politischen Leben um so weniger mit, je mehr Henleins mit allen Mitteln der Reklame aufgeplusterte Heimatfront in ihren Augen zu einem positiven Faktor in der tschechoslowakischen Politik geworden ist, konnte niemanden in Erwägung kommen. Hier wirkten eben Unkenntnis der tiefen Wurzeln unserer Bewegung gemeinsam mit dem Wunsch als dem Vater des Bedenkens mit, um die Auffassung zu schaffen, die deutsche Sozialdemokratie habe ausgepielt und ihre Anhänger ständen im Begriff, in hellen Stunden sich in Henleins Faschistenfront einzureihen. Doch war es eine Überraschung, als nach dem böhmisch-leipziger Paradaufmarsch sogar linksorientierte Blätter vermeinten, sich nicht weiter um die Verhältnisse im sudetendeutschen Gebiet umsehen zu müssen und kurzerhand Henleins Partei als die stärkste im deutschen Lager deklarieren.

Zeit Sonntag ist in dieser vorgefaßten Meinung ein Umschwung eingetreten. Die einen verzeichnen es widerwillig, die anderen mit Anerkennung und Genugtuung. Die letzteren sind jene, die aus unserem Massenaufruf die Überzeugung gewonnen haben, daß Demokratie und Republik auch auf deutscher Seite wachsame, erbliche, kampfbereite Truppen heißen und daß sie auf deren Solidarität bei der Verteidigung der demokratischen Errungenschaften rechnen können. Die andere Seite sieht sich gezwungen, vor unserer machtvollen Manifestation ihre Selbstverleugung aufzugeben! Sofern sie aber von uns Notiz nahm, geschah es nur, gebärgte Angriffe gegen uns zu richten und unser unvermeidliches Ende zu prophezeien. Jetzt sieht sie, was es für eine Bewandnis damit hat. Unsere Parteileitung erließ den Auf: Auf die Straße! Keine lange Kritik war für die Vorbereitungen gegeben; Geldmittel, wie sie Henlein in Halle und Halle zur Verfügung stehen, gab es keine und die bürgerliche Presse unterließ das Trommeln, das sie im Falle böhmisch-leipziger ausgiebig befragt hatte. Dennoch wurden unsere sechs Kundgebungen zu einer herrlichen, kraftvollen, nie dagewesenen Erscheinung. Wo ist noch eine Partei, die etwas Ähnliches zustandebrachte!

Und nicht nur, daß ein Wink genügt, um riesige Massen auf den Plan treten zu lassen, auch die Stimmung, welche die Teilnehmer erfüllte, zeugte von ihrem ungebrochenen Kampfesmut, ihrer Treue und Hingebung zu der Partei, deren Nüchternheit sie sich unterstellt haben. Das war es, was unsere Manifestation bewies: daß alle Versuche von rechts und links, offen und getarnt, die sozialdemokratischen Bekennern von ihrer Partei loszulösen, vergeblich sind. Der Unvoreingenommenheit konnte deutlich aus dieser Willenskundgebung herausgehört werden: Wir stehen zu unserer Partei unerschütterlich auch in Notzeiten! Faltet weiter davon, daß das Volk „der Parteien müde“ sei und daß es sich nach „Volksgemeinschaft“ sehne, morunter ja doch nur die Unterordnung unter das Kommando einer Kreatur des Kapitalismus gemeint ist! Wir bleiben doch der Partei, von der wir ein Stück selber sind, mit allen Fasern unseres Herzens trennen, denn sie war jahrzehntelang unser einziger Schirm und Hort! Wir wissen, daß in dieser Zeit der vom Kapitalismus verschuldeten Welt, die uns ein oft kaum mehr menschenwürdiges Leben aufzwingt, die Wirkungsbedingungen unserer Partei beschränkt sind, aber wir wissen auch, daß sie alles tut was sie kann, um uns vor dem Neuherrschen zu schützen und daß wieder eine Zeit kommen wird, wo sie uns treu bewahrt einer besseren Zukunft entgegenführen wird!

Es ist trotzdem nicht anzunehmen, daß unsere heftigbürgerlichen Gegner die Hoffnung aufgeben haben, größere oder kleinere Teile unserer Anhänger von uns loszuspielen. Sie rechnen dabei weniger auf ihre eigene Anziehungskraft, als auf die zermürbende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit und auf die Verwirrung des nüchternen Denkens der in die furchtbare Not hineingestohlenen Menschen. Wir glauben auch nicht, daß eine der tschechischbürgerlichen Parteien aus engbegrenzter parteipolitischer Verblendung heraus-

finden und die Förderung der faschistischen Drahtzieher unter den Sudetendeutschen einstellen werden. Demgegenüber ist es erfreulich, daß auf Seite der tschechischen Linksparteien von einem größeren Stück Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie gesprochen wird. Unseren Kampf mit Henlein und seinen „aktivistischen“ Förderern werden wir natürlich auch in aller Zukunft allein und auf unsere eigene Kraft angewiesen auszutragen haben. Wenn und eine Hilfe zuteil werden kann, so ist es die Unterstützung unseres Wirkens gegen das immer schrecklichere Formen annehmende Elend im deutschen Gebiet. Die Arbeitermassen

siehen treu zur Demokratie und zur Republik. Sollte etwas diese Treue jemals zu erschüttern imstande sein, dann könnte es nur die dumpfe Verzweiflung sein, die aus Not und Hoffnungslosigkeit herauswächst und die noch überall als die erfolgreiche Jüngerin des Faschismus sich bewährt hat. Wollt ihr uns wirklich helfen in unserem Kampfe, der auch ein Kampf für die friedliche Entwicklung der Verhältnisse in unserem Sinaate ist, dann steht uns bei, auf daß es gelinge, der wirtschaftlichen und sozialen Not einen Damm entgegenzusetzen!

„Der Nationalsozialismus endet an den Grenzen der Tschechoslowakischen Republik“

Und wie es in Wirklichkeit aussieht

Für diese Erklärung Henleins bringt die Tageszeitung des Deutschen Turnverbandes, Folge 19, mit dem Datum 1. Weimond 1934, folgenden Beweis („Weimond“ ist gleichbedeutend mit „Gillbhart“ und heißt in jüdisch-marxistischen Demokratien „Klober“):

Jugendfürsorge: Gerade sie muß aus den Fesseln, die vergessene Wohlthätigkeit im liberalistischen Sinn ihr angelegt haben, befreit werden. Es gilt nicht, erblich Minderwertige am Leben zu erhalten, ihnen das Leben zu erleichtern, damit sie später wieder nur Minderwertiges zeugen, sondern es müssen die verfügbaren Mittel für hochwertige und gesunde Kinder bedrohlich erblich Gefunde bereitgehalten werden. Ein gesundheitslicher Kataster aller Kinder, Förderung der Mutterberatungsstellen, der Säuglingsfürsorge durch Anstellung von Fürsorge-schwämmern, ärztliche Aufsicht über alle Kinder zur rechtzeitigen Behebung von Gebrechen, deren Erblichkeit auszuscheiden wäre, Waisenfürsorge, Berufsvermittlung und Berufsberatung, sind ihre Hauptaufgaben. Daneben haben sie in volkswirtschaftlicher Trennung von allen vorgenannten Aufgaben einen Kataster aller Schwachsinni-gen, Blinden, Taubstummen und Krüppelhaften sowie aller Erkranken zu führen, die Schulpflicht über fittlich gefährdete Kinder sowie die Unterbringung von Minderwertigen in Anstalten zu übernehmen. Im Vordergrund ihrer Aufgabe muß aber als neue Aufgabe die volkswirtschaftliche Arbeit stehen. Diese hat in Form von ausführenden Vorträgen über Vervollständigung, Eugenik, Wert der Körpererziehung, Gesundheitslehre des Kindes und der werdenden und stillenden Mutter zu bestehen. In gleicher Weise hat auch die Auffklärung und Pflege der Familienkunde zu erfolgen, die zum Allgemeinwohl des Volkes werden muß.

Dem Bund der Deutschen ist die Aufgabe gestellt, dort, wo die Jugendfürsorge verlagert, volkswirtschaftliche Auffklärung, Unterhaltung hochwertiger Kinder zu leisten.

Diese Auffassung steht bekanntlich in schroffen Gegensatz zu den Doktrinen des Nationalsozialismus. Auch das Schlagwort von der „vergeudeten Tätigkeit im liberalistischen Sinne“ ist auf sudetendeutschem Heimatboden gewachsen. Woher sollten es denn auch die Henlein-Turner haben, da sie doch nach Deutschland nicht reisen dürfen, wenn sie nicht in Gefahr kommen wollen?

Gewerkschaftliche Beratung

Vierzestundenwoche — Arbeitslosenfürsorge

Am Dienstag, den 30. und am Mittwoch, den 31. Oktober d. J. fanden in Reichenberg unter dem Vorsitz des Abg. Genossen Köfcher Beratungen der Zentralgewerkschaftskommission mit den Vertretern der Verbände statt, die sich mit einer Reihe wichtiger organisatorischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen beschäftigten. Nach einem Bericht des Genossen Maco u n über den Verlauf der Ausführung des internationalen Gewerkschaftsbundes und über die notwendigen Dispositionen für die Opfer des Faschismus in der internationalen Gewerkschaftsbewegung wurde übereinstimmend erklärt, daß nichts unterlassen werden dürfe, die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit gegen alle Gefahren zu verteidigen und sicherzustellen und der Arbeiterklasse in den faschistischen Staaten im Kampfe um die Wiederherstellung dieser Bewegungsfreiheit beizustehen.

Ueber die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche fand ebenfalls eine längere Aussprache statt, in der das ganze Problem von allen Seiten betrachtet und beurteilt wurde. Ueber den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden der Arbeitnehmer und den Spitzenorganisationen der Industriellen wurde vom Genossen Schäfer ein ausführlicher Bericht erstattet, aus dem der Schluß gezogen werden mußte, daß der bis jetzt beschrittene Weg zur Reinstellung von Arbeitskräften in die Betriebe und zur Herbeiführung der 40-Stunden-Woche ungeeignet ist. Das wurde dann in einem Beschluß ausgesprochen, in dem es u. a. heißt:

In den meisten Fällen sind die auf Grund des Beschlusses des gemeinsamen Verhandlungsausschusses aufgenommenen Beratungen zwischen den jeweiligen Vertretern der Arbeitnehmergewerkschaften und den einzelnen Industriezweigen ins Stocken geraten und bis jetzt nicht mehr in Gang zu bringen gewesen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben alles versucht, um Vereinbarungen in der Industrie auf Einführung der 40-

Stundenwoche zustande zu bringen, damit eine Reinstellung von Arbeitskräften in den Produktionsprozess ermöglicht wird. Sie konnten aber in den einzelnen Verhandlungen nirgends ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielen, da die Unternehmer anstreben Einmaßnahmen gegen die angestrebten Maßnahmen mit wenigen Ausnahmen festzulegen. Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, auf dem Wege der Gesetzgebung die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche herbeizuführen. Die freien Gewerkschaften verlangen deshalb, daß der fernerzeit vom Ministerium für soziale Fürsorge ausgearbeitete und zur öffentlichen Erörterung aufgelegte Gesetzentwurf über die Einführung der 40-Stundenwoche und der gleiche, von den sozialdemokratischen Parteien im Parlament gestellte Antrag der Gemeinsamen Gewerkschaftlichen Landeszentrale der parlamentarischen Erledigung zugeführt werden, damit endlich durch die dringende notwendige Verkürzung der Arbeitszeit der Umfang der Arbeitslosigkeit verringert wird.

Es soll dafür gesorgt werden, daß nicht auch bei uns die Jugendfürsorge durch Statthalter Henlein in den Abgrund geführt wird.

Die Beratungen am zweiten Tage galten durchwegs der Arbeitslosenunterstützung. Genosse Kirchhof zeigte in erschöpfenden Ausführungen auf, was von den Gewerkschaftszentralen in den verflochtenen 14 Monaten unternommen wurde, um die schlimmsten bürokratischen Verfügungen zu mildern. Die im Zuge der staatlichen Ersparungsmaßnahmen von den Parteien der Besitzklasse erzwungenen Verschlechterungen der staatlichen Arbeitslosenfürsorge haben neben dem Abbau des Staatszuschusses zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung viele Unarbeiten in der Durchführung mit sich gebracht. Die Arbeitslosen unglücklichen Auswirkungen der Novelle vom 29. Juli 1933 im Rahmen des Gesetzes erträglicher zu gestalten und den den Staatszuschuß auszahlenden Gewerkschaftsorganisationen die Arbeit zu erleichtern.

Die ersten Beratungen sowie die Ergebnisse zeigen in aller Deutlichkeit, daß unsere freien Gewerkschaften mit aller Kraft bemüht sind, die Interessen unserer Arbeiter und Angestellten zu wahren.

Dank an die Jugend Arbeiterjungen und -Mädels!

Ihr habt Euch am 4. November zu Tausenden in die Kundgebungen eingereiht. Die Not lastet auf Euch am stärksten. Aber Euer Mut und Euere Kampfbereitschaft sind ungebrochen. Ihr habt gezeigt: in den breiten Massen der proletarischen Jugend ist das Bewußtsein lebendig, daß die Zukunft der Nation und ihrer Jugend auf die sozialistische Bewegung gestellt ist. Den Kampf um ein glücklicheres Dasein wollt Ihr mit in den ersten Reihen führen. Das hat der 4. November gezeigt. Er hat aber auch bewiesen, daß alle Hoffnungen der Gegner, die Sozialdemokratie sei von der Jugend verlassen, trügerisch sind. In keiner anderen Bewegung ist soviel Treue und Opferbereitschaft der Jugend zu sehen wie in der sozialistischen. Der Freiheitskampf des Proletariats eint alt und jung; dieser Kampf ist des Einsatzes unserer ganzen Kraft, ist vor allem des Einsatzes der Jugend wert.

Euer vorbildlicher Einsatz hat aber auch gezeigt, wie wertvoll die Arbeit des Sozialistischen Jugendverbandes ist, in dessen Rahmen Ihr Euch schult und auf die Kämpfe des Tages vorbereitet. So wurde der 4. November durch Euch auch zu einem Ehrentag der sozialistischen Jugendbewegung. Dafür sei Euch, Jungen und Mädels, herzlicher Dank gesagt!

Der Verbandsvorstand
des Sozialistischen Jugendverbandes

Das Filmkontingent fällt

Am Montag hat Handelsminister Dostálek endgültig seine Zustimmung zur Aufhebung des feinerzeit von dem nationaldemokratischen Handelsminister Watsoušek erlassenen Filmkontingents gegeben, das die Einfuhr der guten amerikanischen Filme verbietet, die Einfuhr der billigeren deutschen als „Ausgleich“ auch noch die Herstellung gleichgeschalteter Schundfilme am Rarandov zur Folge hatte. An die Stelle des Kontingents wird ein Registrierungsverfahren treten, das für die Einfuhr jedes Auslandsfilms eine Abgabe von 20.000 Kč zugunsten der heimischen Filmproduktion vorseht.

Vom Arbeiter-Turn- und Sport-Verband

Dank der Bundesfußballleitung Atus

Der Aufsatz dankt allen Arbeitersportlern auf diesem Wege für die reifliche Erfüllung der aktiven Teilnahme an dem arden herrlichen Wettkampfe der sudetendeutschen Arbeiterschaft zur Fahne der deutschen Sozialdemokratie. Wir wollen auf diesem Wege weiterfahren und auch weiterhin als vollwertiges Glied dieser arden und im Dienste der Arbeiterklasse stehenden Kampfgenossenschaft unsere Pflicht erfüllen. Die Idee des Sozialismus ist die Grundlage unserer Erziehungsliebe und der Enderfolg unserer Bestrebungen.

Arbeiterfußballer! Unserem Bekenntnis muß der Eintritt in die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei folgen!

Für den Bundesfußballausschuß
W. Erbacher, Vorsitzender.

Bedeutame Beschlüsse des Atus

Samstag, den 3. November, fand in Auffsig eine Sitzung der führenden technischen Funktionäre des Verbandes mit den technischen Kreisleitern und den Kreissekretären statt. In sechsstündiger Beratung wurde zu den Erfahrungen des vergangenen Jahres Stellung genommen und der Arbeitsplan für 1935 festgelegt.

Das kommende Jahr bringt in allen Kreisen des Atus ardenangelegte Kreisfeste, die an Umfang und Anzahl weit über den bisherigen Kreisfesten stehen werden. Das Gerateformen soll im nächsten Jahre durch Geräterienwettkämpfe die besten Mannschaften der Bezirke, Kreise und des Verbandes ermittelt werden sollen.

Die Sparten Leichtathletik, Turnen und Turnspiele werden in allen Instanzen der Organisation Arbeitsgemeinschaften bilden. Turnspiele und Leichtathletik werden als wesentliche Bestandteile der turnerischen Körpererziehung erklärt und in den Übungsstoff des Turnens einbezogen. In arden Vereinen, in denen die Voraussetzungen gegeben sind, muß auch Leichtathletik geübt und das Turnspiel gepflegt werden. Die Turnereien werden Fußball, Kinder und Jugend das früher stark betriebene Raskballspiel als Pflichtspiele haben.

Nach langer und gründlicher Vorbereitung wurde beschlossen, ein Spartabzeichen einzuführen. Vorläufig wird das für die Jugend (15 bis 21 Jahre) ausgeschrieben. Die näheren Bestimmungen werden genehmigt und werden in nächster Zeit veröffentlicht. In den Staffetten des Atus im Jahre 1935 werden sich auch die Bezirke des Atus beteiligen.

Genosse Dr. Czech bei den Kundgebungen

Genosse Dr. Czech nahm an der 8. Kundgebung teil, deren Beginn für 10 Uhr festgesetzt war. Der Aufmarsch verzögerte sich um einige Minuten. Nach seiner Begrüßungsrede fuhr Genosse Dr. Czech nach Teplitz. Er sprach u. a. um auch auf der dortigen Kundgebung eine Ansprache zu halten. Er kam jedoch zu spät. Auf der Straße nach Dux begegnete er dem Statthalter des Duxer Bezirkes; es wurde eine Versammlung improvisiert. In Vodňany traf der Parteivorstand nach der Kundgebung ein. Kurz nach seiner Rede fuhr er nach Klatz ab, um auch die Karlsbader Kundgebung zu begrüßen. Er traf aber leider erst knapp nach Beendigung der Versammlung ein. So kam es, daß Genosse Dr. Czech, der die Absicht hatte, an allen vier böhmischen Kundgebungen teilzunehmen, nur zwei Versammlungen begrüßen konnte.

Tagesneuigkeiten

Ein Mord bei Nachod

Nachod. Das Polizeiamt in Nachod teilt mit: In der Nacht zum 6. November tötete in Dolni Kadechová der 21jährige Smeti Josef Slaváček aus Pelin bei Police die Franziska Firmanová durch einen Schuß aus einem Jagdgewehr, das er seinem Arbeitgeber Vítězslav Čordel aus Dolni Kadechová entwendet hatte. Gendarmerie und Polizei forschten nach Slaváček. Der Täter hat lockes Haar, blaue Augen und unter der Nase einen Narbenstrich. Bekleidet war er mit einem kurzen, dunklen Rock, langen grauen Hosen, einer grauen Mütze und Schuhschuhchen. Es handelt sich um seine Arbeitskleidung, die bereits ziemlich abgetragen ist. Als besonderer Umstand sei erwähnt, daß Slaváček sehr schnell spricht. Ein Selbstmord scheint nicht ausgeschlossen, da der Täter mit dem Gewehre gestürzt ist.

Bier Arbeiter verbrannt

Paris. Bei Cette am Golfe du Lion waren vier Arbeiter mit Ausbesserungsarbeiten an einem leeren Petroleumbehälter beschäftigt. Plötzlich erfolgte eine riesige Explosion. Die Arbeiter wurden in die Luft geschleudert. Drei von ihnen fanden in den Flammen den Tod. Der vierte trug so schwere Verletzungen davon, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Das Feuer konnte glücklicherweise bald gelöscht werden. Man nimmt an, daß einer der Arbeiter beim Anzünden einer Zigarette die aus dem Behälter austretenden Gase entzündet hat.

Eine beredte Meldung

Meinwig. Auf Grund des Erlasses über die ungerechtfertigten Preissteigerungen wurden am Montag in Hindenburg ein Fleischerbetrieb und in Neuten vier Fleischerbetriebe polizeilich geschlossen.

Matuschka „vollkommen geknütt“

Budapest. Der Eisenbahnattentäter Matuschka, der am ersten Verhandlungstage Bericht und Zuhörerhaft durch die unglücklichsten Einfälle zu verwirren und zu seinen Gunsten umzustimmen versucht hatte, nahm gleich zu Beginn des gestrigen zweiten Verhandlungstages eine vollkommen geänderte Haltung ein. Er stand gebrochen, nervös zitternd da und gab nur zögernd seine Antworten. Schlüsseln und Schlüsselbund nahm er nicht an sich. Wie er nach dem Mord durch seine Frau zur Religiosität bekehrt worden sei. Als die Frage der Attentate gestreift wird, will sich Matuschka breitschweigend über die einzelnen Opfer auslassen, was ihm jedoch der Vorsitzende mit der Bemerkung verwehrt, er werde seinerseits genügend darüber sprechen können. Er habe, sagt dann Matuschka, nicht morden wollen, er habe gar nicht daran gedacht, daß seine Aufschläge auch Todesopfer haben könnten. Dann erklärt er in phantastischen Gedankengängen, wie er auf den Gedanken der Gründung einer religiösen kommunistischen Partei gekommen sei und wie er sich die Mittel dazu beschafft habe.

Ziehung der Klassenlotterie

(Unverbindlich)

Prag. Bei der Dienstag-Ziehung der 5. Klasse der 31. Tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden nachfolgende Gewinne gezogen:

- 20.000 Kč die Lose Nr. 11188, 22213, 24247, 25580, 63149;
- 10.000 Kč die Lose Nr. 3400, 20007, 72519;
- 5000 Kč die Lose Nr. 53919, 57957, 49230, 78099, 20961, 63064, 61243, 47744, 13306, 19709, 82205, 10470, 3834, 5929, 25781, 31576, 89867, 18594, 26755;
- 2000 Kč die Lose Nr. 63217, 10578, 51268, 22234, 10360, 79839, 101586, 2246, 25964, 61198, 102611, 63281, 19813, 13292, 71143, 9424, 35251, 107653, 19654, 26918, 9516, 4129, 55222, 49004, 65027, 92038, 82949, 44113, 106280, 101558, 10545, 19035, 83783, 63666, 72803, 49398, 10164, 85705, 57471, 35057, 17717, 19763, 48237, 59266, 35493, 20376, 92851, 79386, 67754, 89116, 106021, 83879, 81744, 37472, 50180, 23247.

Deffau-Johannesburg in 43 Stunden

Johannesburg. Drei Jungerflugzeuge, die vor genau acht Tagen in Deffau zu einem Flug nach Südafrika gestartet waren, sind Montag in Johannesburg eingetroffen. Die Flugzeuge haben für die gewaltige Strecke eine reine Flugzeit von nur 43 Stunden und 30 Minuten benötigt. Der Flug führte über Kairo, Chartum, Luba, Dohoma und Salisbury. Die Zuverlässigkeit der Maschinen wurde während eines fürchterlichen Tropengewitters über dem weiten All auf eine schwere Probe gestellt, doch konnten alle drei Flugzeuge ohne jede Beschädigung ihren Flug durchführen.

Zwei Amerikaner monatelang in deutschen Gefängnissen

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwägt scharfe diplomatische Maßnahmen, um bei der deutschen Regierung die Freilassung zweier amerikanischer

Das ist die Heimatfront!

15.000 Kč für Zigeunermusik, 10.000 Kč für Champagner — für die Arbeitslosen keinen Heller

Die Not der Arbeitslosen im Braunauer Ländchen ist in der Republik zu einem Maßstab für das Elend der Textilarbeiter während der Wirtschaftskrise überhaupt geworden. Seit Jahren verzeichnet man auf einem verhältnismäßig kleinen Industriegebiet ununterbrochen Tausende von Arbeitslosen, die das Elend in vollem Ausmaß zu spüren bekommen. Nirgends aber redet man mehr von Volksverbundenheit und völkischer Einheit als eben in diesem Braunauer Ländchen. Nach dem 5. März 1933 bekannten sich 70 Prozent des deutschen Bürgertums und wohl 99 Prozent der deutschen Unternehmer zu den Nationalsozialisten. Seit dem Verbot der Galtenkreuzler sind diese Leute restlos zur Heimatfront übergegangen. Sie machen weiter in Volksverbundenheit und völkischer Einheit. Wie sie diese Einheit zu feiern verstehen, darüber berichtet nun unser Bruderblatt, das „Braunauer Echo“ in sehr anschaulicher Form.

Einer der Textilindustriellen, von denen man sagt, daß sie von der Krise schwer betroffen sind, feierte seinen Geburtstag und das offenbar in der Absicht, zu beweisen, daß das Gerücht von der schlechten Geschäftslage unserer Industrie noch lange nicht gleichbedeutend mit Lebensorgen der Industriellen ist. An der Geburtstagsfeier nahmen alle in dem Gebiete bekannten Fabrikanten und

Staatsbürger durchzusehen, die bereits mehrere Monate lang in deutschen Gefängnissen unter dem Verdachte der Spionage in Haft gehalten werden. Es handelt sich um die 23jährige Lilian Steele aus Hollywood und den naturalisierten amerikanischen Bürger Richard Koiderer aus Chicago.

„Wig“ über die Arbeitslosen... Das Bürgertum hört nie die Wahrheit gern. Es liebt die ernstesten Dinge durch eine Veigabe von „Volkschmerz“ erträglicher zu machen, wenn schon darüber geredet werden muß. Warum sollte diese Methode nicht auch bei dem Gespenst unserer Zeit, der Arbeitslosigkeit, angewendet werden? Früher hat man, um die Wahrheit über das Elend des Arbeiters zu überdecken, die Spottfigur des Raurers erfunden, der nie zur Arbeit kam, weil er ewig mit der Instandhaltung seiner Tabakpfeife zu tun hatte. Nun, da der neue Typ, der Arbeitslose, die Ruhe beim Mittagessen stört, verdrängt Schmaak ihn recht gemühtlich zu zeichnen, damit man bei dem Gedanken an ihn nicht erschreke. So etwa in der Wische der Dienstagsnummer des „Prager Tagblatt“:

„Die Krise in Amerika bleibe an Schärfe hinter unserer keineswegs zurück. An der Kreuzung der Third Avenue und der 64. Straße, im Nordosten, gibt es eine Küche, wo man Suppe an Arbeitslose austeilt. Die Menschen stehen dort Schlange. Da kommt ein Zeitungsjunge herangeleht und ruft ein Extra aus: „Zahlungsschwierigkeiten der Bronxbank“. Wie ein Mann jünger die Arbeitslosen davon, um von der Bronxbank ihre Konti abzuholen.“

Halten wir dem eine andere Meldung gegenüber: „Der Arbeitslose Rudolf Seidel in Stadt Oberdörf weinete um einige Glas Bier, daß er einen gebrauchten Fliegenfänger ansehen werde. Er machte diese Behauptung tatsächlich wahr, und die Folge davon war, daß er krank ins Spital geschafft werden mußte. Nach einigen Tagen verließ Seidel das Spital und jetzt harbt er an den Folgen seiner unsinnigen Wette.“

Diese Meldung fanden wir unter den Tagesneuigkeiten einer andern deutschbürgerlichen Zeitung. „Unförmige Wette“ heißt es hier, als ob es sich nur um einen Späß gehandelt hätte. Daß die grauenhafte Not allein den Arbeitslosen zu dieser erschütternden Wette verleitet hat, damit er sich endlich einmal, wenn mit nichts anderem, so doch mit ein paar Glas Bier den leeren Magen füllen kann, verschweigt man auch hier. Zusammen ergänzt die eine Notiz die andere.

Rudolf Breitscheid. Rudolf Breitscheid, der langjährige Vorsitzende der Reichstagsopposition der SPD, feierte am 2. November seinen sechzigsten Geburtstag. Breitscheid, der in Paris lebt, wurden aus diesem Anlaß viel ehrende Aufmerksamkeiten zuteil. Auch wir schließen uns den herzlichsten Glückwünschen an.

Flüchtlingsbetriebe für Hitler! Das Amtsblatt der Berliner Pfarzer veröffentlicht eine Anordnung des Reichsbüros Müller, wonach beim sonntägigen Gottesdienste der Gemeinden regelmäßig für den Führer und Reichkanzler Adolf Hitler Fürbitte zu tun ist.

Kris Kottler in Nizza verhaftet. In einem Hotel in Nizza wurde der deutsche Staatsangehörige Dr. jur. Friedrich Schae, geboren in Leipzig, früherer Direktor der Berliner Theater auf Grund eines Auslieferungsantrages der Reichsregierung verhaftet. Schae wurde wegen Vertrauensbruchs und betrügerischen Bankrotts gesucht. Er verweigerte sich gegen seine Verhaftung und behauptete, daß man ihn lediglich unter einem Vorwand nach Deutschland befördern wolle,

ihre Unterläufer teil. Ein Auto nach dem andern fuhr am „Semmering“ in Halbstadt (ein bekanntes Ausflugslokal) mit sehr illustren Gästen auf und in mehr als einer Nacht wurde der Geburtsstag des von der Krise betroffenen Mannes begangen. Dabei zeigte sich, daß unsere Industrie-führer, wenn schon nicht auf wirtschaftlichem Gebiet, so doch in gesellschaftlicher Beziehung auf der Höhe sind. Zu der Feier ließ man eigens aus Budapest eine Zigeunerkapelle, die an die 15.000 Kč kostete, kommen. Für Champagner wurden mehr als 10.000 Kč verbraucht. Was sonst bei dieser Schlemmerei noch ausgegeben wurde, dürfte sicher zur Aufzählung der Summe von 50.000 Kč für die Gesamtkosten der so wichtigen Angelegenheit beigetragen haben. Aber es wurde nicht nur gefressen und getrunken, man hörte nicht nur die feurige Zigeunermusik, sondern auch eine Rede aus dem Munde eines mit völkischem Geist und ebensoviel Alkohol erfüllten, aus der Galtenkreuz- und Heimatsbewegung her bekannten Schriftstellers, der daneben sehr viel von der Not des deutschen Volkes zu sagen weiß. Und das alles, dieviel rund um den „Semmering“ laufende deutscher Volksgenossen hungern und zugrunde gehen. Besser kann die Wesensart dieser Schicht der Sudetendeutschen fast nicht gekennzeichnet werden.

wo er unter dem Namen Kottler als Teilnehmer in der sogenannten Kottler-Affäre bekannt sei. Schae wurde der Staatsanwaltschaft in Lig-Provence zugeführt, wo über den Auslieferungsantrag Beschluß gefaßt werden wird.

Kommunistenüberführung im Wolgagebiet. Nach einer Moskauer amtlichen Mitteilung wurde die Säuberungsaktion im mittleren Wolgagebiet beendet. 2400 Kommunisten wurden aus der Partei ausgeschlossen und gegen 61 ein Verfahren wegen verschiedener Unterschlagungen und Verletzungen von Staatsgesetzen eingeleitet. In anderen Teilen des Wolgagebietes wird die Säuberungsaktion noch fortgesetzt.

Transoceanflugzeug beschlagnahmt. Das Flugzeug, in dem Sir Charles Kingsford-Smith kürzlich den Stillen Ozean überquert hat, ist auf Veranlassung eines Mannes, der behauptet, der berühmte Flieger schulde ihm 2750 Dollar, in Los Angeles mit Beschlag belegt worden. Ein Gerichtsvollzieher hat sich des Apparates bemächtigt und unmittelbar dabei auf einem Lehnstuhl Platz genommen, um das Flugzeug im Auge zu behalten. Kingsford-Smith wird eine Sicherheit von 5500 Dollar hinterlegen müssen, wenn er die freie Verfügung über seine Maschine wieder zu erlangen wünscht.

Durch die Auffindung der 17 Chinesen in Atlantik (New Jersey) ist die amerikanische Bundespolizei einem Schmuggler-Ring auf die Spur gekommen, der sowohl an der Ostküste als auch an der Westküste arbeitete und bereits über 100 Chinesen nach Amerika eingeschmuggelt hat. Außerdem haben die Schmuggler Opium im Werte von über einer Million Dollar auf Schleichwegen ins Land gebracht. Um die Tätigkeit der Schmuggler zu unterbinden, hat die Bundespolizei nunmehr eine scharfe Überwachung der Küsten der Vereinigten Staaten durch Flugzeuge angeordnet, die etwa noch auf hoher See wartende Schmugglerschiffe auffinden sollen. Außerdem werden alle verdächtigen Schiffsbewegungen zwischen China, Westindien und der Küste des Stillen Ozean und des Atlantischen Ozeans aus der letzten Zeit nachgeprüft.

Zwei schwere Verkehrsunfälle ereigneten sich Sonntag bei Wien. Ein Wiener Personenaus wurde in der Ortschaft Wölsdorf von einer Lokomotive der Aspang-Bahn erfasst und vollständig zertrümmert. Eine der Insassinnen des Autos, Hilde Siegert aus Wien, erlitt schwere Verletzungen und starb bei ihrer Einlieferung ins Krankenhaus. Die zweite Insassin, Leopoldine Erner, wurde mit Lebensgefahrlichen Verletzungen in die Unfallstation eingeliefert. Der Lenker des Autos kam mit leichten Verletzungen davon. — Auf der Straße nach Leobersdorf stießen zwei Kadetten, deren Räder unbeladenet waren, zusammen. Der eine Fahrer blieb mit einem Schädelbruch tot liegen, während der andere, der anscheinend nur leichte Verletzungen erlitten hatte, unerkannt davonfuhr. Die Identität des toten Kadetten konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Intendant Frögé verurteilt. Das Militärgericht in Velfort hat den Intendanten Frögé wegen Spionage zu fünf Jahren Kerker, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für zehn Jahre und zu zehnjähriger Ausweisung verurteilt. Gleichzeitig hat das Gericht den Spion Kraus, der den Intendanten Frögé angezeigt hatte, zu fünf Jahren Kerker verurteilt.

Sorgen um den Nationalalkohol. Unter diesem Titel schreibt das „Eiffel-Slobo“: Da die Spiritusfabrikanten nicht wissen, wie sie ihren Spiritus anbringen sollen, erzeugten sie nach sorgfältigen, kostspieligen Versuchen eine E.S. Vodka mit 40% Alkoholgehalt. Darob große Aufregung unter zehntausenden von Schnapsbrennern, die

Gedenkfeier für Karl Čermak in Prag

Heute, Mittwoch, 7. November, um 11 Uhr Vormittag findet am Grabe Karl Čermaks am Volkshauer Friedhof beim alten Krematorium, eine Gedenkfeier statt, an der sich sowohl Vertreter von Parteiorganisationen aus der Provinz, als auch die Prager Genossen beteiligen.

selbst einige hundert Arten von Spirituosen herstellen und verkaufen. Der Verbrauch an Spirituosen ist dank der unermüdblichen Arbeit der Säulen besonders in den historischen Ländern in steilem Niedgang. Nun soll diese langjährige Erziehungsarbeit durch die National-Bodsa vernichtet werden. Das neue Getränk soll erfrischend sein und nur 27 Kč per Liter kosten, so daß es den breiten Schichten zugänglich sein wird. Es ist den Schnapsbrennern anscheinend nicht genug, daß in unserer Republik trotz der Krise jährlich 4—5 Milliarden Kč verbrannt werden.

Zivilehe in Griechenland. Trotz Widerstandes des Synods der griechisch-orthodoxen Kirche beabsichtigt die griechische Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den Zivilehen eingeführt werden.

Blutiger Fluchtversuch. In Angola (Luisiana) unternahm fünfzehn auf einem Felde arbeitende Sträflinge des Staatsgefängnisses plötzlich einen Fluchtversuch. Ein Sträfling wurde von den Gefängniswachen erschossen, vier wurden schwer verwundet. Die übrigen konnten wieder eingefangen werden.

Ein Sandsturm. Der Ort Ranion in der USA-Provinz Alberta wurde am Montag von einem Sandsturm überrascht. Plötzlich verdunkelte sich die Sonne und die ganze Gegend von Ranion wurde in Nacht gehüllt. Der feine Sand häuften sich wie Schneeflocken in den Straßen. Der Verkehr war zeitweise lahmgelegt.

Bei einer Gesichtsbildung in der Nähe der Stadt de la Magdalena an der Küste Niederkaliforniens (Mexiko) nannte der Beschützer „Elio“ in voller Fahrt bei einem Torpedoengriff den Beschützer „A. C. Karland“, der anscheinend ein großes Loch erhielt. Ein amerikanischer Kreuzer und zwei Tender leisteten den beiden amerikanischen Beschützern Hilfe.

Wahrscheinliches Wetter heute: Im Westen des Staates unsicher, Zunahme der Bewölkung und der Niederschlagsneigung, etwas kälter, Südwestwind. Im übrigen Teil des Staatsgebietes vorläufig keine größeren Änderungen, strichweise etwas härtere nördliche Aufbläse, sonst ziemlich warm, Südostwind. Später allmählich Verschlechterung vom Süden her nicht ausgeschlossen.

Geboren 1780 ...

Aus Moskau wird berichtet: Vor kurzem erschienen in den Blättern die Meldung, daß ein Bauer in der kaukasischen Gemeinde Kumschi-Artentim, namens Kogjasov, ein Alter von nahezu 150 Jahren erreicht hat. Nunmehr wird mitgeteilt, daß im Kreise Odismirsk im Kaukasus ein 154jähriger Abchase namens Chapar Chint lebt. Sein Alter ist durch offizielle Belege des dortigen Amtes für die Vaterlandskunde der Abchaser beglaubigt und in dem Museum dieses Institutes befindet sich auch eine Photographie des Greises. Chapar Chint erinnert sich noch sehr gut an den Einzug des russischen Militärs in Abchasien und an die Zeit, in der die Abchaser in die Türkei auswanderten und an andere historische Ereignisse. Bis zum Jahre 1932 erfreute sich der 154jährige Greis einer seltenen Gesundheit. Erst in diesem Jahre hat sich sein Gesundheitszustand verschlechtert. Von seinen Kindern ist nur noch ein Sohn am Leben, der ein Alter von 90 Jahren erreicht hat.

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen!

Mittwoch:

- Prag, Sender L.: 10.05: Deutsche Nachrichten, 10.15: Konzert des Salonorchesters, 10.45: Kindertheater, 11.50: Schallplatten: Puccini, 12.20: Deutsche Sendung: Aktuelle zehn Minuten, 12.30: Arbeiter-Sendung: Felix Skoutaján: Der Arbeiter und das Theater, 12.50: Sozialinformationen, 12.55: Konzert des Prager Bläserquintetts, 20.35: Klavierkonzert. Sender S.: 14.15: Die Jungen sprechen, 15.05: Deutsche Sendung: Oberlehrer Scholz: Bunte Kinderstunde, 15.40: Deutsche Presse. — Brünn 17.50: Deutsche Sendung: Dr. Hulster: Gebi und Schönheit, 19.55: Das tschechische Lied von Emetana. — Rábr.-Okran 18.20: Schallplatten: Leoncavallo. — Preßburg 18: Klavierkonzert. — Raškau 19.45: Orchesterkonzert.

Donnerstag:

- Prag, Sender L.: 10.05: Deutsche Nachrichten, 11: Schallplatten, 12.10: Ebanová, 17.55: Deutsche Sendung: Jugendstunde, 18.55: Deutsche Presse, 19.10: Schallplatten, 21.20: Konzert des Ondříček-Quartetts, 22.15: Schrammelfonzert. Sender S.: 14.35: Balalaikafonzert, 15.05: Deutsche Sendung: Schindler: Einige Bemerkungen über unseren Handel, 15.25: Szenen aus Verdi-Opern, 18.20: Konzert des Prager Salonorchesters, 19.15: Caruso auf Schallplatten. — Brünn 19.35: Deutscher Arbeitsmarkt, 17.30: Vukolejänger auf Schallplatten, 17.50: Deutsche Sendung: Dr. Stern: Erich Mühsam. — Rábr.-Okran 17.55: Deutsche Sendung: Konzert des Hübner-Septettes. — Preßburg 12.15: Schallplatten, 17.20: Klavierkonzert, 19.30: Unterhaltungsmusik. — Raškau 15.55: Orchesterkonzert.

Glück oder Leistung?

Von Hella H ü d e l-Rohm.

Die sooft vorgenommene Gegenüberstellung von Glück und Leistung, resp. die Verteidigung des leistungslosen Genusses, regt zu näherer Betrachtung eines Glücksbegriffes an, mit dessen Befürwortung Menschenfreunde selbstamerweise immer wieder Schiffbruch litten.

So sicher es ein kapitalistischer Engel war, der die Menschen aus dem Paradies süßen Nichtstuns und lässlich lässigen Genießens vertrieb, so gewiß es eine kapitalistische Ideologie ist, die die Arbeit um der Arbeit willen preist, so unzweifelhaft mühte Genuß als Selbstzweck zu einem kläglichen Zusammenbruch im Völkern und im Einzelnen führen. Glückseligkeit um der Glückseligkeit willen ist so unsinnig, wie Arbeit um der Arbeit willen, weil beides erst im Hinblick auf die nützlichsten Sinn und Inhalt bekommt. Wird nun aber keinem ernsthaften Menschen bei dem Gedanken an Trennung von Leistung und Genuß eine wirkliche Leistungslosigkeit vorschweben, so gibt es durchaus ernsthaft und ernst genommene Menschen, die die Erhaltung der Arbeit um der Arbeit willen, die Verlangsamung der maschinellen Entwicklung zwecks Bewahrung der menschlichen Arbeitskraft fordern, die menschliches Elend und proletarische Not auf Aufklärung und Politisierung der Massen schieben, in dem Sinne etwa, als wäre die Tuberkulose aus der Welt geschafft, wenn man den Kranken glauben ließe, er habe keine, handelt es sich aber nicht um ein Ausruhen auf erregungen Vorbeeren, sondern, wie z. B. auf dem Prager Philosophenkongress ausgeführt wurde, um die Zubereitung zu übermateriellen Zielen, heißt die Ausnutzung der maschinellen Vervollkommnung, die Befreiung von der Arbeitslosigkeit nicht Nichtstun, sondern Weiterarbeit von einer höheren Plattform aus, so bedarf es nicht neuer Wertmaßstäbe, sondern neuer Wirtschaftsformen. Arbeit auf einer neuen, menschlichen Bedingungen entsprechender Grundlage, nicht minder ernst, doch sinnvoller und fruchtbarer als bisher, erfordert keine Losprechung.

Vielleicht war es das Verhängnis aller Glückslehren, daß sie das Überhaben oder doch nicht genug Betonen. Vielleicht lag hierin ihre mangelnde Schlagkraft heroischen Idealen gegenüber. Menschliches Glück ist nicht Ruhe, sondern Bewegung, nicht Genuß des bereits, sondern Kampf um das noch nicht Erreichte. Nicht Befreiung von der Arbeitskraft an sich, sondern Befreiung für höhere Zwecke, nicht Entfaltung der Persönlichkeit, sondern Förderung der Gesellschaft durch diese Entfaltung kann der Sinn der Technik sein. Ohne den Einbau in die Gemeinschaft muß jeder ideale und wirtschaftliche Befreiungsversuch im Leeren verenden, ist jede Glückslehre zum Scheitern verurteilt. Glück als Selbstzweck gibt es nicht, und wer es sucht, wer es vermitteln will, muß gleichermaßen Enttäuschungen erleben; es gibt im besten Falle befriedigende Beziehungen zur Arbeit und zu anderen Menschen, die zu gestolten als Glück empfunden werden kann. Menschliche Glückseligkeit ist unweigerlich an das Bewußtsein einer persönlichen Daseinsnotwendigkeit, einer Verschobtheit mit Mitmenschen und Gegenwartsgefühlen gebunden. Man kann „Glück“ nicht losgelöst von den anderen genießen. Man kann nicht Glück genießen, ohne über sich selbst hinaus zu denken, und das heißt, ohne überpersönliche Ziele, gemeinsamen Ideale genannt. Das Streben nach Idealen geht so weit, daß man sich in Ermangelung echter an falsche klammert, daß man es vorzieht, für ein künstlich aufgebautes Seldentum zu sterben, als für das eigene Wohlbefinden zu leben.

Dies ist der Vorteil, den Heroismus und heldische Weltanschauung vor jeder Rücksichtslosigkeit voraus haben. Der Mensch greift in dem Streben, über seine irdische Ergebenheit hinauszuwachen, wachlos auf, was von seiner Zeit als überpersönlicher Wert aufgestellt wird. Krieg, Vaterland, Martyrium, Rassenwahn, Ein-

satz für Freiheit und für Menschlichkeit, Fanatismus jeder Art. Er facht umso gieriger danach, als das Teilhaben an einer heroischen Bewegung ihm selbst ein Stückchen Seldentum verleiht und so ein Selbstwertgefühl hebt — in einer auf Konkurrenz begründeten Gesellschaft ein nicht zu unterschätzender Punkt. Und er greift leicht nach den irdischen Werten, weil es in ihrem Wesen liegt, sich aufdringlicher und probierlicher bemerkbar zu machen, als die anderen.

Seldentum, falsches Seldentum, unwahre Ideale werden solange in Geltung bleiben, bis es einer Gesellschaft gelingen wird, sie durch echte zu ersetzen. Dann aber wird die Frage nicht lauten: „Glück oder Leistung?“, „Glück ohne Leistung?“, sondern: Glück durch Leistung, Glück durch die von der Arbeitskraft befreite, dem Individuum entsprechende, die Menschheit fördernde Leistung, die mit dem persönlichen Glück zusammenfällt.

Hsinking

die Hauptstadt des „ungefährlichen“ Staates Manchukuo

Ohne den Segen der übrigen Welt zu haben, Manchukuo ist offiziell lediglich von Japan und von der kleinen amerikanischen Republik El Salvador anerkannt, ist der Staat Manchukuo durch eine Reihe Respekt gebietender realer Tatsachen Wirklichkeit geworden. Und mit dieser Tatsache muß die Welt rechnen, ob sie will oder nicht. Manchukuo besteht und wird mit jedem Tag konsolidierter, gefestigter und mächtiger. Der Aufbau, der politische, wie der wirtschaftliche und kulturelle, ist von Japan „in die Hand“ genommen worden. Die Japaner, die gelehrsamsten Schüler des Guten, was ihnen die übrige Welt zu geben vermag, des Konfuzianismus der Chinesen, der europäischen Gelehrsamkeit, der amerikanischen Betriebsführung und Organisation, haben aus der Mandchurerei innerhalb dreier Jahre einen Machtfaktor geschaffen, mit dem alle Nachbarstaaten und in weiterer Folge die übrigen Länder ernstlich zu rechnen haben. Die Engländer, denen man nachsagt, daß sie das Volk der realen Tatsachen sind, haben eben eine offiziöse, aber nicht offizielle Handelsmission zum Studium der neugeschaffenen mandchurischen Verhältnisse nach Manchukuo geschickt, die in den nächsten Wochen nach London zurückkehren und dem Foreign Office ebenso wie der Wallstreet Bericht erstatten wird. Wenn auch von den offiziellen kritischen Stellen dieser Handelsmission eine politische Bedeutung abgesprochen wird, ist aus der Zusammensetzung der Mission, in der Vertreter der Hochfinanz und zwei direkte Vertreter der Federation of British Industries zusammen arbeiten, zu schließen, daß die Handelsmission die Förderung durch die Regierungsstellen gefunden hat. Die Entsendung der Handelsmission nach Manchukuo ist ein typisch englischer Schritt zur wirtschaftlichen Anerkennung des neuen Staates, zur Anerkennung de facto, aus der dann die politische Anerkennung sich herausentwickeln wird. Seit der Okkupation der Mandchurerei durch Japan und seinem dadurch bedingten Austritt aus dem Völkerbund ist dieses in eine politische Isolierung geraten. Die England zu einer neuen und dringender benötigten Exportförderung auszumühen besteht. Der Entsendung der Handelsmission ist daher nicht nur eine rein wirtschaftliche, sondern auch eine eminente politische Bedeutung beizumessen. Es wäre nicht das erstemal, daß in politischen Fragen Whitehall die Cing vorschreibt.

Die kapitalistische Welt hat sich zu überzeugen reichlich Gelegenheit, daß die Sicherheit ihrer Anlagen in Manchukuo mehr denn je gewährleistet ist. Die anarchische Ausbeutung der an Naturprodukten und Erzen reichen Mandchurerei durch die früheren Machthaber, insbesondere durch Zhangsolin, die Währungsunsicherheit (jeder Provinzgeviert gab seine eigene Währung aus, durch die die Bauern, da sie ihre Produkte für wertloses Geld verkaufen mußten, vollkommen verarmten) ist einer regulierten Ausbeutung, einer zentralen Regelung der Finanzen, einer gefestigten Währung gewichen. Das Bandenunwesen, eines der präferierten Probleme der neuen Verwaltung, wird Hand in Hand in militärischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit wirksam bekämpft. Der japanische Gesandte in Hsinking, General Hisahira, der zugleich Oberkommandant der japanischen Militärsprettkräfte in der Mandchurerei ist, hat richtig bemerkt, daß die Banden sich auf-

lösen werden, wenn jeder genug zu essen haben wird. Der konstruktive Aufbau neuer Städte, neuer Industrien, neuer Bahnen und neuer Straßen gibt den heimischen Arbeitslosen reifliche Möglichkeiten, Arbeit und Nahrung zu finden. Nach Mitteilungen amtlicher Stellen ist die Anzahl der Banditen von ca. 250.000 im Jahre 1931 auf ca. 50.000 im Jahre 1934 gesunken, immerhin noch eine beträchtliche Ziffer. Es gibt nach amtlicher Darstellung viererlei Arten von Banditen: 1. die „politischen“, die von China moralisch und materiell unterstützt werden, 2. die „professionellen“ Banditen, die es in jedem Staate mit großem Flächenausmaß gibt, 3. die religiösen Fanatiker und 4. die Bauern, die durch Hunger zur Bandenerei gezwungen werden. In den letzten Jahren haben Ueberschwemmungen ungeheurer Schaden angerichtet. Die Entwertung der Sojabohne, des Hauptproduktes der Landwirtschaft, durch einen verminderten Verbrauch in den Staaten, welche die bisherigen Hauptabnehmer waren, dann der immer mehr sich ausbreitende Anbau der Sojabohne in anderen Ländern, die bisher aus der Mandchurerei ihren Soja-Bedarf deckten, hat der Landwirtschaft eine neue Elendperiode gebracht. Es muß zugegeben werden, daß die mandchurische Regierung alle Anstrengungen macht, um dem Landwirt zu helfen: durch Schaffung von Rotfonds, durch landwirtschaftliche Darlehensanstalten, durch Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften und vor allem durch eine planmäßige Umschichtung des Anbaues: es soll mehr Weizen angebaut, mehr Getreide gesät werden. Durch wirksame Bekämpfung des Bandenunwesens, welches dem Bauer bisher noch oft die Möglichkeit nahm, seine Produkte überhaupt verkaufen zu können, wird ihm ein weiterer Möglichkeitfaktor einer friedlichen und gedeihlichen Entwicklung gegeben.

Die bemerkenswerte Entwicklung hat Hsinking, die neue Hauptstadt, genommen. Vor drei Jahren noch eine unbedeutende kleine Provinzstadt, die lediglich als Eisenbahn-Mittelpunkt eine gewisse Bedeutung hatte, zählte Hsinking im Vorjahre bereits 196.000 Einwohner und hat heute fast die Ziffer von 300.000 erreicht. Eine moderne Stadt mit breiten Asphaltstraßen, neuen Regierungspalästen, Warenhäusern und einer unübersehbaren Zahl an neuen Privathäusern wird gleichsam aus dem Boden gestampft. Im Jahre 1934 werden in Hsinking 2087 neue Gebäude errichtet. Eine Bauentwicklung, die nicht ihresgleichen findet. Der Bauwert beträgt ca. 185.150.000 Kc, eine für unsere Begriffe im Bezug zur Anzahl der neuen Häuser verhältnismäßig niedrige Summe. Es muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß Materialpreise und Löhne ganz wesentlich niedriger sind als bei uns. Unter den wichtigsten Neubauten sind die Gebäude des Staatsrates (14 Mill. Kc), das Innenministerium (5,6 Mill. Kc), die mandchurische Staatsbank (45 Mill. Kc), das Warenhaus Ritsubishi (5,6 Mill. Kc), die Manchuria Telegraph and Telephone Company (21 Mill. Kc), die Mittelschule der Südmandchurischen Bahn für 2,8 Mill. Kc, das Warenhaus Kinnai (für denselben Betrag). Das hauptstädtische Bauwesen hat die Ausgabe von ca. 30.000.000 Kc für die Anlage neuer Straßen, Brücken, einer Markthalle und eines

Der Kampf

Internationale Revue

Nr. 7 (November)

ist soeben erschienen.

Inhalt:

- E. Oracia Sández: Spaniens rote Woche
- Otto Bauer: Die Gegenrevolution und die Kirche
- Emil Franzel: Faschismus und deutsche Ideologie
- Josif Hofbauer: Gefährdete Demokratie
- Bemerkungen
- Weltpolitik
- Weltwirtschaft
- Internationaler Sozialismus
- Internationale Gewerkschaftsbewegung
- Aus der Sowjetunion
- Bücherchau
- Zeitschriftenchau

„Der Kampf“ erscheint monatlich.
Preis des Heftes 5 Kronen.

Redaktion und Verwaltung: Prag II.,
Látková 37.

Strematoriums bewilligt bekommen. Die Südmandchurische Eisenbahn hat im Stadtzentrum einen herrlichen Park mit Spielplätzen, Teichen, Rennerie etc. angelegt. Alte und neue Kultur reichen sich in der neuen Architektur der Stadt die Hände. Auch das Straßenbild ist ein orientalisches Durcheinander alten Rückstandes mit moderner Technik: Rikshas, die von Chinesen im bewundernswert ausdauerndem Trab gezogen werden (es wäre zu wünschen, daß die Japaner diese unwürdige Sitte des menschlichen Juggierens abschaffen), die Matschias, d. i. kleine Wägelchen, von mongolischen Ponys gezogen, die für Kc 1.— bis Kc 1.40 viele Kilometer fahren, dann Automobile fast nur amerikanischer Provenienz, von höchster Eleganz, wechseln in bunter Folge einander ab. Aber auch die Bekleidung, zu 90 Prozent aus Chinesen bestehend, gibt in ihrer bunten Kleidung und Vermischung mit Japanern, Russen und übrigen östlichen Ozeanitalen ein Bild kontrastierender Abwechslung. Ein Bild aus dem Fenster, durch Trampeln vieler Männer Schritte hervorgehoben: draußen marschieren Soldaten, unzählige viele. Heute ist das Ende der großen Manöver, 6600 Mann werden vor dem Kaiser Bu Yi defilieren.

Stolz, selbstbewußt und unermüdet arbeiten die Japaner an der Entwicklung dieser Stadt. In diesem Monate wurde das neue Stadion in Hsinking eröffnet, das jeder europäischen Stadt als Muster dienen könnte. Die 111 Kilometer lange neue Auto-Straße zwischen Hsinking und Kirin wurde ebenfalls im Oktober dem Verkehr übergeben. Die ostchinesische Bahn soll demnächst von Sowjetrußland an Manchukuo zum Preise von 170 Millionen Yen verkauft werden. Die ostchinesische Bahn, technisch weit zurück hinter der im japanischen Besitz befindlichen südmandchurischen Eisenbahn, endigt mit ihrer südlichen Abzweigung in Hsinking, wo die südmandchurische Bahn an sie anschließt. Die Übernahme der Verwaltung der Ostchinesischen Bahn durch die S. M. R. (Südmandchurische Bahn) wird Hsinking neue wirtschaftliche Vorteile bringen. Von der Politik begünstigt, wächst im Zentrum der Mandchurerei inmitten einer armenigen Bauernumgebung eine neue Großstadt heran.

G. Rudolph.

Jedes neue Parteimitglied bedeutet:
einen Freund mehr,
einen Feind weniger.

Darum werbet für die Partei!

Der Hirschart des Königs von Frankreich

Geschichte und Wirklichkeit pflegen nie übereinzustimmen, und am wenigsten stimmen sie überein, wenn es sich um die Seitenwege der Geschichte handelt, um jene Bünde, die, nicht mit Tugend gepflastert, mehr von den Anekdoten-Schreibern als von den würdigen Chronisten beachtet werden. Kennt man Versailles, das Lustschloß der französischen Könige nahe bei Paris, so tauchen aus allen möglichen Memoirenbüchern die Erinnerungen an lebenswürdige Siege und sonderbare Taten und von erlesenem Geschick auf. In seinem Glanze war es unter Ludwig XV., dem großen König, den sein Volk den Vielgeliebten hieß und dessen Herrschaft voller Siege und Erfolge, zudem von den herrlichsten, mit ihrer Gold- und Schönheit die besten Künstler der Epoche begeisternden Frauengestalten umrannt war. Alle Fürsten und Fürstinnen Europas wurden in jenem Jahrhundert zur Nachahmung des feenhaften Versailles angezogen, und wieviel sie auch vom Gelde ihrer Unterthanen daran wandten, sie konnten es der in Luftbarkeiten und Festen erfahrenen Gesellschaft kaum gleich tun.

Sieht man näher, sieht man insbesondere tiefer, unter die offizielle Fassade, so entdeckt man freilich gerade, als der Ruhm von Versailles die ganze Welt überstrahlte, ein anderes Bild des herrlichen Schloßes und der Kavalier-

und Frauen, die es bevölkerten. In Wirklichkeit waren sie immer von neuem, aber vergeblich bemüht, einen düsteren Sonderling aufzuheitern und die berühmtesten Feste wurden ihnen schal, eine Plage, eine Mähmal, die ihnen die Längeweile des Herrschers auferlegte und die für sie kaum erdulden wollten. Und da war auch in Versailles ein selbst vor den Vertrautesten abgeschlossenes Haus, das späterhin die Phantastie von Generationen erbt und in ihnen Vorstellungen hervorgerufen hat, die sich noch heute etwa auf einem Filmplakat sensationell ausmachen würden. Das war der Hirschart Ludwig des Fünftehten. Der Name und die Legende vereinigten sich, um an unerhörte Buzellosigkeit denken zu lassen, die sogar Schloß und Park von Versailles, die manches gesehen haben mochten, scheuten.

Die historische Wahrheit sieht viel unansehnlicher aus und hat nur sehr wenig an sich, was in einem Film interessanter könnte. Die Marquise von Pompadour, die offizielle Maitresse des Königs, die nach acht Jahren des Zusammenlebens mit ihm die drückende Längeweile der ewigen Gespräche über Jagd und Krankheiten nicht weiter ertrug, kaufte damals in einem Armenviertel von Versailles ein distantes Haus an. Sie half sich mit der Frigidität der Verzweiflung: es galt die lästige Gegenwart des Königs loszuwerden, aber doch keine Rivalin aufkommen zu lassen, die ihr die Macht aus den Händen hätte reißen können. Daher die Veruppelung des königlichen Freundes an hübsche

Mädchen aus dem Volke, von denen nichts zu berichten war.

Die Hausen von Schmähbriefen, die sich später mit dem „Hirschart“ beschäftigten, auf dem es längst keinen Park mehr gab und längst keine Hirsche zu jagen waren, erzählen von einer ungeheuren Zahl von Mädchen, die hier wie in einem orientalischen Harem zusammengepackt worden seien, von hundert Millionen, die dieses königliche Vergnügen gekostet habe, ja, jetzt laucht die Milliarde auf, mit der man doch erst viel später vertraut wurde. All dies ist falsch. Das Haus besteht heute noch, man kann seine primitive Einfachheit konstatieren, die übrigens auch aus psychologischen Gründen notwendig war: es sollte ja für den vom Königtum beauftragten, bis zur Verblödung von Pracht und Vergottung gelendeten Ludwig eine Sensation sein, selbst die schöne Unbekannte zu bedienen, ihr die Speisen zuzutragen, ohne Hüfingel und Lafaien mitzubringen. Die schöne Unbekannte glaubte an ein Abenteuer mit einem polnischen Adligen, der nicht besonders reich und oft genötigt sei, in seine Heimat zu reisen. Da war die Tochter eines irischen Schusters, die zwei Jahre lang in Guss blieb, die Tochter eines Pariser Friseurs, ein Modell des Malers gallanter Szenen, Boucher, das man um zehntausend Livres der Mutter abgekauft hatte, zwei Diensten, die von der Straße aufgesammelt wurden und ein Fräulein von Romans, von dem der Frauenkenner Gajonova eine entzückende Beschreibung hinterlassen hat. Zumeist war nie mehr als

ein Mädchen im Hirschart. Das Abenteuer begann mit der Reparatur des Schiffes, einem gründlichen Bad und einer weniger als bürgerlichen Wäscheausstattung. Es endete gewöhnlich mit einer Kindstaupe. Sobald dieses Ereignis nahe war, transportierte man die Mutter in ein anderes Haus in der Umgebung und sagte ihr, wenn sie einen Knaben geboren hatte, daß es ein Mädchen sei und umgekehrt und daß das Kind nicht lebe. Dieses Kind selbst aber wurde auf's Land gebracht. Die Geliebte des Königs von Frankreich erhielt 10.000 bis 15.000 Franken und wurde in die Provinz verheiratet. Sie fehlte es an einem Gatten, der alles, auch die Richtiggläubigkeit hinnahm.

Diese Ordnung wurde nur einmal gestört. Ein Mädchen unterwarf die Tische des „polnischen Edelmannes“, während dieser schlief, und fand darin ein Billett des Königs von Spanien an seinen Vetter, den König von Frankreich. Das Mädchen schrieb vor Freude auf und rebete jubelnd von seinem Glück und seiner Liebe. Darauf wurde es als wahnsinnig in ein Irrenhaus gesperrt, das es nicht mehr verließ.

In der an geschichtlichen und anekdotischen Episoden so reichen Geschichte von Versailles ist diese Episode die niedrigste, schmutzigste, gemeinste. Sie spielt sich zu einer Zeit ab, da das Königtum auf dem Höhepunkte seiner durch keinerlei Kontrolle oder Kritik beschränkten Selbsterhellung war.

F. R.

PRAGER ZEITUNG

Die in den Jahren 1915, 1914 und 1913 Geborenen werden aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, sich längstens bis zum 15. November 1935 zur Hauptfestsetzung für das Jahr 1935 an dem Orte ihres dauernden Aufenthalts bei der Stadt- oder Gemeindebehörde zu melden. Die in Prag I bis VI dauernd Wohnenden melden sich im Militär-Referat des Magistrates der Hauptstadt Prag in Prag I, Rajská 16, 3. Stock, Zimmer 16, die in den übrigen Teilen Prags Wohnenden bei dem zuständigen Magistratsamt. Näheres in den in Prag an den Anschlagtafeln ausgehängten Kundmachungen.

Die Abkündigung des Staatsleides in Jevany wird Mittwoch, den 7. d., um 7 Uhr früh beginnen. Nach Antritt der Fahleute werden hier über 40 Meterzentner Fische abgefischt und es werden an Ort und Stelle für niedrige Preise Fische verkauft werden.

Gerichtssaal

Eine Frau, die ihren Gatten zum Heiratschwindel anstiftete

Ein sonderbarer Fall vor dem Prager Kreisgericht

Prag. Die 20jährige Künstlergattin Johanna Poloun war vor dem Strafsenat des OGH. Anzure des Verbrechens des Betruges angeklagt und die Anklage bejaht nicht mehr und nicht weniger, daß diese südländische Ehefrau ihren Gatten Ladislav Poloun angestiftet habe, durch Betrugsinferate „Bräute“ zu fuchen und diese nach allen Regeln der Heiratschwindelkunst auszuplündern. Der Ehegatte folgte diesen Einfüsterungen und ließ Anferate erscheinen, in denen er unter dem Deckmantel eines jungen Doktor der Rechte eine Braut suchte. Die fürsorgliche Gattin hatte ihm eingeschärft, sich möglichst eine Beamtin in fester Stellung auszuwählen, weil eine solche beim Auffliegen des Schwindels ganz sicher schweigen würde — schon aus Angst um ihre Stellung.

Der würdige Gatte folgte diesen praktischen Ratsschlägen und erwarb die Frau eines Leibeamtens eines Ministeriums, die zwar nur 550 Kč Monatslohn hatte, außerdem aber auch noch eine 80jährige Großmutter, die einige tausend Kronen auf Sparbuch angelegt hatte. Seinem Opfer gab sich der von seiner Frau inspierte Gauner als Advokatskonsulent aus und begann alsbald nach bekanntem Rezept seine „Braut“ unter allerhand Vorwänden mit Geldforderungen zu bestürmen — natürlich unter höchst solid klingenden Vorwänden. Seine Frau stellte er der „Braut“ als Schwester vor. Die „Schwester“ war überaus großzügig und weisheitsvoll. Sie sah mit liebevoller Mühsamkeit, wie sich die „Verlobten“ lästern und redeten der künftigen „Schwägerin“ eines Abends sogar zu, mit dem „Bräutigam“ zu Bett zu gehen. Die „Braut“ hatte aber strenge moralische Grundsätze und lehnte dieses Angebot ab.

Zunächst borgte der „Herr Doktor“ seiner „Braut“ unter allerhand, zum Teil recht phantastischen Vorwänden mit der Zeit ein Kapital von 27.000 Kč ab. Einmal brauchte er Geld für seine „notleidenden Eltern“, dann gab es sich als tuberkulös aus und erbat ein Darlehen für Heilbehandlung. Später erklärte der Gauner seiner Braut, er sei Kolonist und müsse sich dringender einer Eizwahnungskur unterziehen. Bei allen diesen Schwendeleien ging ihm seine Dienstadt angeklagte Frau zur Hand, indem sie ihm als „Schwester“ seine Erfindungen behielt, Briefe fälschte und in jeder Weise zur Jettführung des Opfers beitrug. Sie erhielt einen schönen Pelz und verschiedenen Schmuck, angeschafft von dem Geld der armen Beamtin und dem ihrer alten Großmutter, die dem „Bräutigam“ ihrer Enkelin natürlich ihre Sparbücher zur Verfügung stellte.

Die Sache wurde schon einmal vor dem hiesigen Gericht verhandelt, wobei Ladislav Poloun zu fünfzehn Monaten schweren Kerlers verurteilt wurde, während seine Frau mit dreimonatiger bedingter Kerlerstrafe davonkam. Der Herr Gemahl hatte sie fernerzeit galanterweise weisend geduldet. Erst in der Strafkammer überlegte er sich die Sache, ließ sich dem Untersuchungsrichter vorführen und enthüllte das ganze unsaubere Komplott. Auf Antrag des Staatsanwaltes kam es auf Grund dieser neuen Auslagen zur Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Johanna Poloun, die bei der dienstägigen Verhandlung denn auch in allen wesentlichen Punkten geständig war. Der Senat Anouste verurteilte sie dies-

Abonnements - Bestellschein.

Abonniere ab 1934 das täglich erscheinende Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

„Sozialdemokrat“

Verwaltung Prag XII., Hlohova st. 62,

zum Preise von 16 Kč monatlich, und sende diesen Betrag nach Erhalt des Erlagscheines ein.

Name:

Genaue Adresse:

Letzte Post:

Unterschrift:

Verzugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16. — vierteljährlich Kč 48. — halbjährlich Kč 96. — ganzjährig Kč 192. — Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken. — Die Zeitungsfabrikatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. Drucker: „Orbis“ Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.G., Prag.

mal zu sechs Monaten Kerker — gleichfalls bedingt. Staatsanwalt Dr. Cefak meldete Berufung gegen die Bedingtheit der Strafe an.

Kunst und Wissen

Nächste Arbeitervorstellung: „Zwei Witwen“

am 18. November um 1/3 Uhr im Deutschen Theater. Karten ab Freitag bei Optiker Genossen Deutsch.

Das hundertjährige Jubiläum der Staatsbühne „Kde domov můj“. Der Gesangsverein „Croup“ veranstaltet am 15. November um 20 Uhr zum 100. Jubiläum der Staatsbühne ein Konzert. Siebel wird Prof. Dr. Jdenek Rejda über die Bedeutung der Staatsbühne und deren Komponisten Fr. Croup sprechen. Auf dem Konzert werden u. a. auch einige in Prag bisher noch nicht gesungene Chöre zur Ausführung gelangen.

Der Verein deutscher Künstlerinnen eröffnet heute um halb 4 Uhr nachmittags im Kunstverein für Böhmen (II. Börskova 12) seine diesjährige Malerierausstellung. Die Ausstellung umfaßt die meisten ersten künstlerisch schaffenden deutschen Frauen der Tschechoslowakischen Republik. Auch Gäste aus dem Auslande sind in der Ausstellung vertreten.

Arbeiterfakultät am Kleiner Theaterinstitut. In Kiew wurde ein Theaterinstitut mit einer ukrainischen, jüdischen und polnischen Abteilung errichtet. Das Institut wird Theaterpädagogen, Regisseure und Schauspieler heranzubilden. In dem Institute wurde auch eine Arbeiterfakultät errichtet, in der Arbeiter für den Eintritt in das genannte Institut vorbereitet werden. Die Fakultät hat zwei Abteilungen: Eine polnische und eine jüdische.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch 1/3: Fidelio. B2. Donnerstag 8: Das Leben eines kleinen Kindes. Gastspiel Leop. Kramer, G. 2. — Freitag halb 8: Die Braut von Messina. Gastspiel Hedwig Bleibtreu, D. 1. — Samstag 8: Braut von Messina. Gastspiel Hedwig Bleibtreu, Schülerdarstellung, halb 8: Die Hugenotten, B. 2.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch 8: Hochflingdas Lied vom braven Mann. — Donnerstag 8 1/2: Sensationsprozess. — Freitag 8: Hochfling das Lied vom braven Mann. — Samstag 8: Schottentina. Gastspiel Berbezit, Abschiedsvorstellung.

Prager Genossen!

Teilnimm an der Gedenkfeier für

Karl Čermak

heute um 11 Uhr vormittags, Friedhof beim alten Krematorium!

Der Film

Räthe von Nagy

verleiht den deutschen Film.



Die Gleichhaltung im Reich der Talentlosen nimmt ihren Fortgang. Ehe nicht der letzte deutsche Kinobesucher an Langeweile und Gesichtsmaske gestorben ist, gibt es kein Halten. Nach vielen anderen, die gingen oder gehen mußten, ist nun auch die hübsche Räthe von Nagy an der Reihe. Sie hatte es zunächst damit versucht, daß sie den hierarchischen Tönen aus Goebels' Filmfachschaft erzähle, sie sei aus magyarischen (also zwar nicht arischen), aber dem Hitler-Göringischen Menschheitsideal verwandten monastischen Adel hervorgegangen und die Tochter

eines ungarischen Generals. Sie hat ein übriges getan, ihr Haar gebleicht und die Miene eines „teutschen Mädchens“ angenommen, so gut sie das konnte. Es gelang ihr nicht, so fad, so dünn und so reizlos auszuweisen, daß sie ins Dritte Reich gepakt hätte. Man scheint endlich doch bewiesen zu haben, daß sie Groß heißt und keine Generalgattin ist. Sie muß gehen und wird wie die Bergner, wie Weid und andere jüdische und nichtjüdische deutsche Künstler in England filmen.

Räthe von Nagy war kein großes Talent, kein Star vom Format der Dietrich oder der Garbo, aber im Unterhaltungsfilme kommt es auf kleinere, nicht zu unterschätzende Qualitäten an, die sie besaß. Mit ihrer biesamen Figur, ihrem reizvollen Kopf, ihrem netten und feinen Spiel war sie, solange man ihr irgendwie erträgliche Rollen gab, immer der ansehende Mittelpunkt der Filme, in denen sie spielte. Der hilerdeutsche Film aber kann nur plumpe, weiszenblonde Mienebilder oder fade, feilenlose Gretchengestalten brauchen, die auf dem Haupt einen germanischen Strizel aus wasserstoffsechten Höfen tragen. Räthe von Nagy kann, wenn sie dieses Reich endlich verläßt, in dem sie allzulange und mit zu großen Augenständen verbleibt, nur gewinnen.



Douglas Fairbanks und Mecie Oberon in dem englischen Film „Das Privatleben des Don Juan“.

„Jud Süß“ in Oesterreich verboten

Der englische Film „Jud Süß“, der im Dritten Reich schon deshalb nicht gezeigt werden darf, weil er nach einem Roman des „Landesverräters“ Lion Feuchtwanger gedreht ist, ist nun auch in Oesterreich verboten worden. Da es schon bei den ersten Vorführungen des Films in Wien zu antisemitischen Kundgebungen gekommen war, batte man ihn zurückgezogen, um ihn in nicht-öffentlichen Vorstellungen zu zeigen. Auch das ist nun polizeilich untersagt worden.

René Clair nach England?

Wie die Londoner „Daily Herald“ mitteilt, verhandelt der französische Film-Regisseur René Clair, der wegen seines neuesten Films „Der letzte Milliardär“ in der reaktionären französischen Presse heftig angegriffen wurde, mit der größten englischen Filmgesellschaft „London Film Productions“ über die Möglichkeit, im nächsten Jahre einen Film in England zu drehen.

Wird Chaplin Filmdiktator?

Londoner Blättermeldungen zufolge soll der amerikanische Dichter Upton Sinclair, der als demokratischer Kandidat für den Gouverneursposten von Kalifornien nominiert ist, Charlie Chaplin die Finanzkontrolle über die großen Filmfirmen von Los Angeles und Hollywood angeboten haben. Dieser Antrag habe bei den Filmgesellschaften große Bestürzung erregt, und ein Teil von ihnen soll entschlossen sein, im Falle der Wahl Sinclairs um Gouverneur mit ihren Firmen Kalifornien zu verlassen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Soll man auch in der „schlechten Jahreszeit“ wandern?

Novembernebel brauen und wallen, steigen von den Bergen in das weite Land und legen sich in, wie für sie jüt behaglich gemachte Betten, in die Täler der Klüfte und mäandral, auch ganz respektlos in die Strahlen der großen Stadt.

Da gibt es „dide Luft“! Heißgase und Dunstschwaden zahlloser Kamine und die Auspuffstöpfe unserer Benzinschiffe sorgen dafür, daß die diese Nebelluft sich recht beängstigend auf unsere Atmungsorgane legt und deren katastrophischen Erkrankungen sind Tagesordnung geworden. In überhitzten Räumen und rauchgeschwängerten Lokalen verbringen breite Schichten ihre Freizeit, zum großen Schaden ihres allgemeinen Wohlbefindens. Wenn aber zu Wochenende ganz unentwegt Wanderer und Naturfreunde mit gepacktem Rucksack zum Waldhof ziehen, da werden sie nicht selten verpöbelt und verhöhnt. Wie kann man nur bei dem Wetter wandern? Das ist ja Unsinn!

Bei schönem Wetter freilich, im Frühlingswinde, da geht es. Da macht ja auch jeder „Ch- und Trint-verein“ hinter schmetternder Musik, auf blendender Landstraße, sein „Schwitz- und Staubbad“ dessen Folgen nur in einem Wirtsgarten wieder hin-

Bezirksorganisation Prag

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Donnerstag, den 8. November, um 8 Uhr

abends, Gewerkschaftshaus, Prag I., Perotin,

Parteiverammlung

mit Vortrag des Genossen Ernst Paul:

Unsere Stellung zum Militarismus und Krieg

Der Vortrag behandelt eine der entscheidenden politischen Fragen und wir rechnen daher mit zahlreicher Beteiligung.

Die Bezirksleitung.

weggepült werden können. Aber dann ist es schon für viele Schluss. Selbst der Sommer ist mit seiner Hitze bei denen schon in Unnade gefallen und sie ziehen den „kühlen Keller“ der trauten Schattentüble des Waldes vor.

Jurzeit haben wir weder Frühling noch Sommer, selbst die farbenloshenden sonnigen Herbsttage werden rar. Aber dennoch ist die Landschaft im Blätterfall und Nebelwallen so reich an feinen Ertumungen, wie zu keiner anderen Jahreszeit. Schlitzen wir doch jetzt so langsam in den Winter hinüber. Sie atmet da draußen auf freier Höhe die Brust auf und wach tiefen Einbild erhält der sinnende Geist in einem der gewaltigsten Naturgeschehen mit dem Einzug des Winters. Wie oft wird der Spätherbst mit dem Tod der Natur verglichen. Räuberliche Dichterberaen beglücken uns mit melancholischen Seelenergüssen in Poesie und Prosa. Sagt es ihnen als Wanderer und Naturfreunde, daß die Vegetation nicht aufhört zu leben und daß sich jetzt schon Jelle an Jelle reibt, um in Kürze die Knospe zu vollenden, die den Frühling bringt. Zwar ist die Seele der Landschaft jetzt herb, herb die Luft, herb die Stimmung und herb, aber rein der Wind.

Draußen herrscht die Urkraft des Alls. Sie begehert, macht nie müde, sondern stark und froh im Kampfe um eine bessere Zukunft. Und geistern auch draußen die Rebel, was macht! In seiner Hülle wachen die Häuser, die Bäume, die Menschen am Wanderpfad ins Schamhafte. Rag man dabei auch äußerlich durchscheutet werden, das wird gerne in Kauf genommen, wenn es gelingt, der Landschaft ein „neues Gesicht“ abzugewinnen. Wer also „Stimmungen“ schauen, empfinden und erleben kann, der rüfte sich zu spätherbstlicher Wanderfabrik. Geleitet uns der späte Herbst ja hinüber in den Winter, der uns die Landschaft im neuen Glanze, im reinsten Weiß von Schnee und Eis erstrahlen läßt. Ragen die Felten auch ernst sein. Doch darf die Notzeit unserer Tage uns niemals abhalten, draußen in nächster Umgebung bei Altmutter Natur Gesundheit, Schönheit, Frohgefühl und neuen Kampfeswillen zu fuchen und zu finden.

Dazu wollen die Ortsgruppen des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ Wegführer für alle Volksgenossen sein.

Arbeiterfürsorge — Winterhilfswerk

Der Bezirksverein Arbeiterfürsorge Prag fordert auf, die Spenden an Kleidern und Wäsche für unsere Winterhilfsaktion vorzubereiten. Der Tag der Einfammlung wird noch bekanntgegeben werden.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

- Adria: „Don Juans letzte Liebe“ (Engl.)
- Alfa: „O c! Kup!“ (Tsch. — Koslovec u. Verichl.)
- Avion: „Auf dem heiligen Berg“ (Tsch.)
- Beranel: „Dein ist mein Herz“ (D. — Richard Lauber).
- Flora: „Die Versuchung der Frau Antonie“ (Tsch.).
- Gaumont: „Solang Du eine Mutter hast . . .“ (Tsch.).
- Hollywood: „Solang Du eine Mutter hast . . .“ (Tsch.).
- Kinema: „Solang Du eine Mutter hast . . .“ (Tsch.).
- Journal: „Grotteske, Reportage (halb 2 bis halb 8).“
- Koruna: „Auf dem heiligen Berg“ (Tsch.).
- Netto: „Solang Du eine Mutter hast . . .“ (Tsch.).
- Olympie: „Die falschen Willingen“ (D.).
- Praga: „Die Schloßherrin vom Libanon“ (Fr.).
- Staut: „Die Schloßherrin vom Libanon“ (Fr.).
- Alma: „Kunst der Herzen“ (Tsch.).
- Belvedere: „Drei Schritte vom Leib“ (Tsch.).
- Sebeda: „Geschichten aus dem Wiener Wald“ (D.).
- Carlton: „Dein ist mein Herz“ (D.).
- Favorit: „Dein ist mein Herz“ (D.).
- Illusion: „Mein Dorrit“ (D.).
- Kotva: „Don Juans letzte Liebe“ (Engl.).
- Lucerna: „Don Juans letzte Liebe“ (Engl.).
- Louvre: „Dein ist mein Herz“ (D.).
- Raceta: „Mein Dorrit“ (D.).
- Rox: „Mein Dorrit“ (D.).
- Sport: „Die Bettlerin von Notre Dame“ (Fr.).
- Urania-Kino: „Dein ist mein Herz“ (E.).
- Valdek: „Die Versuchung der Frau Antonie“ (Tsch.).

Derlangel überall Volkszünder!